Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46. Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 108. Mittwoch, den 11. Mai 1921. 28. Jahrgang.

Annahme des Ultimatums.

Wirth Reichskanzler. — Die Reichstagsdebatte.

Das neue Kabinett.

Wieder die Weimarer Kalition.

Berlin, 10. Mai. Der Reichspräsident hat den bisherigen Finanzminister Wirth mit der Neubildung der Regierung beauftragt. Wirth hat den Kanzlerposten angenommen und folgende vorläufige Kabinettsliste aufgestellt:

Reichskanzler: Dr. Wirth (Ztr.);
Vizekanzler und Schatz: Bauer (Soz.);
Arbeit: Dr. Brauns (Ztr.);
Wirtschaft: Robert Schmidt (Soz.);
Post: Giesberts (Ztr.);
Ernährung: Hermes (Ztr.);
Inneres: Gradnauer (Soz.);
Wehr: Geßler (Dem.);
Justiz: Schiffer (Dem.);
Verkehr: Groener (Dem.).

Das Ministerium des Aeußern wird provisorisch von Dr. Wirth mit verwaltet.

Finanzen und Wiederaufbau bleiben vorläufig noch unbesetzt.

*

Die Vorverhandlungen.

Berlin, 10. Mai. Die außerordentlich bewegten Verhandlungen, die heute vom Vormittag bis in die späten Nachmittagsstunden im Reichstage zwischen den Fraktionen stattfanden und deren Ergebnis in der bereits gemeldeten Ministerliste vorliegt, nahmen einen außerordentlich wechselvollen Verlauf und führten von Stunde zu Stunde neue Situationen herbei. Anfangs waren sich nur die Sozialdemokraten über die Annahme des Ultimatums klar. Von Zentrumsseite hören wir, daß auch diese Fraktion von Anfang an entschlossen war, in der Unterzeichnung des Ultimatums das kleinere Uebel zu erblicken und daß ihre Aeußerungen, sie würden das Ultimatum nur mit Teilnahme der anderen bürgerlichen Fraktionen unterzeichnen, ein taktischer Zug gewesen ist, wodurch sie hofften, die anderen bürgerlichen Parteien für ihren Standpunkt zu gewinnen. Die Demokraten waren bekanntlich anfangs entschlossen, das Ultimatum abzulehnen und auch jetzt sind viele demokratische Stimmen noch gegen die Annahme. Im Laufe des Mittags einigten sich das Zentrum und die Sozialdemokraten dahin, daß sie ein gemeinsames Kabinett bilden wollten, um ein Ja-Kabinett zu erzielen. Die Demokraten versuchten, eine Vermittlung mit der Deutschen Volkspartei herbeizuführen und stellten den Unterhändlern der Volkspartei den Antrag, die Fraktion möge sich an der Koalitionsbildung beteiligen. Selbstverständlich war dafür von den Sozialdemokraten als Voraussetzung gefordert, daß die Mehrheit der Volkspartei sich für die Annahme des Ultimatums entschließen solle. Diese Bedingungen hatten zur natürlichen Folge, daß die Volkspartei diesen Antrag mit großer Mehrheit ablehnte.

Finanzminister Wirth war bereits in den Mittagsstunden beim Reichspräsidenten Ebert gewesen und nahm nach anfänglichem Sträuben auf Wunsch seiner Partei die Kanzlerschaft an. Das neue Kabinett gründet sich auf Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten. Der Posten des Finanzministers ist noch offen gelassen. Das Ministerium des Aeußern wird vorläufig von Reichskanzler Wirth mit verwaltet, bis eine Antwort von Geheimrat Cuno, dem Direktor der Hapag, eingeht, dem man den Posten angetragen hat. Die Namen des Staatssekretärs Bergmann und des Botschafters beim Vatikan, von Bergen, die für das Außenministerium in Frage kamen, sind inzwischen als erledigt zu betrachten.

Die Stellungnahme der Sozialdemokratie.

Berlin, 10. Mai. Nachdem durch das Verhalten der Deutschen Volkspartei, die aus parteitaktischen Gründen sich weigerte, die Folgen der eigenen Bankrottpolitik zu tragen, das deutsche Volk vor die unmittelbare Gefahr der feindlichen Invasion, des Verlustes seiner Industriezentren und Kohlenquellen gestellt war, hat die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit 56 gegen 20 Stimmen den Entschluß gefaßt, sich an der Bildung einer Regierung zu beteiligen oder unter geeigneten Umständen die Bildung einer Regierung selbst zu übernehmen, die das Ultimatum annimmt und damit die drohende Katastrophe abwendet.

Der Parteiausschuß schloß sich mit 28 gegen 13 Stimmen dem Beschluß der Reichstagsfraktion an.

Die Mitteilung an die Entente.

Berlin 10. Mai. Die neue Reichsregierung beabsichtigt, sofort nach Annahme des Ultimatums durch das Plenum des Reichstages, in Form einer Note nach London telegraphisch zu übermitteln, daß Deutschland das Ultimatum angenommen habe.

Dr L. **Lübeck**, den 11. Mai.

Endlich hat sich der Reichstag zu irgend einem Entschluß aufgerafft; allerdings gezwungen durch die Frist eines Ultimatums. Die Verhandlungen der letzten Tage waren ein großes Trauerspiel; ohne festes Ziel und festen Weg torkelten die Regierungsparteien weiter.

An dieser Stelle wurde schon verschiedentlich auf die Zwangsläufigkeit der Verhältnisse und auf die unentrinnbare Macht der Wirklichkeit hingewiesen. Können ernsthafte Politiker die Lage wesentlich anders und günstiger eingeschätzt haben? Nein und tausendmal nein! Daüber, daß Deutschland gegen die Daumenschrauben der Entente machtlos ist, konnte es keinen Zweifel geben. Man stelle sich folgende Entwicklung vor. Das Ruhrgebiet wird besetzt, die Kohle verzollt und teilweise beschlagnahmt; das oberschlesische Aufstandsgebiet wird zu einem polnischen Besetzungsgebiet. Nach drei Monaten spätestens ist die Arbeitslosigkeit und das Elend — nicht der Junker, sondern der Arbeiter — so gestiegen, daß die Entente den Zeitpunkt für ein neues Ultimatum als gekommen ansieht; das Spiel kann also von neuem beginnen. Einmal muß Deutschland annehmen, oder — untergehen.

Für alle politisch Denkenden war natürlich dieser Sachverhalt klar. Mit Rücksicht aber auf Agitation und Vergangenheit weigerten sich die Rechtsparteien, der Wahrheit die Ehre zu geben. Lieber wollten sie eine Besetzung des Ruhrgebietes dem deutschen Volke aufhalsen, als den Bankrott ihrer bisherigen Politik zuzugeben. Was fragen auch die Kapitalisten und Junker danach, wenn das schaffende deutsche Volk für Monate oder Jahre am Hungertuch nagen muß? Sie haben zu essen, und sie können sich auch vorläufig noch kleiden.

Also beschloß man die Ablehnung. Und man konnte das auch tun, denn jedes Kind wußte, daß in diesem Fall eben die Vertreter der Arbeiter, um die Arbeiterschaft vor der Katastrophe zu bewahren, ihre Stimmen und ihre Namen für die Annahme des Ultimatums hergeben mußten.

Das Zentrum, von jeher die klügste und politischste aller bürgerlichen Parteien, war die erste und einzige Partei, die für die Annahme eintrat, hauptsächlich unter dem Druck der katholischen Arbeitermasse. Die Demokraten schwankten wie immer; und um die Katastrophe zu vermeiden, erklärten sich die beiden sozialistischen Parteien für die Annahme.

Man bildete in aller Eile ein Kabinett auf der Grundlage der Koalition von Weimar, mit dem Reichsfinanzminister Dr. Wirth an der Spitze. Und umgehend tat man das, was das einzig Mögliche war: das Ultimatum wurde angenommen. Die Sozialdemokratische Partei hat damit ein ungeheures Opfer gebracht. Weiß sie doch im voraus, daß sie dafür durch alle Gossen geschleift und mit dem stinkendsten nationalistischen Schmutz beworfen werden wird. Aber sie mußte, trotz vielen Widerspruchs in den eigenen Reihen, das Schicksal und die Existenzmöglichkeit des arbeitenden Volkes über den eigenen Parteivorteil stellen. Wir hoffen bestimmt, daß die Zukunft es ihr danken wird, daß die kommenden Verhältnisse ihr recht geben werden.

Grundsätzlich ist zu dem Beschluß der Sozialdemokratie, wieder in die Reichsregierung einzutreten, manches zu sagen. Wer den Gang der Ereignisse richtig einzuschätzen verstand, der sah schon lange, daß es so kommen mußte. Und gerade aus diesem Grunde durften unsere Führer die Zügel der Regierung nicht so lange am Boden schleifen lassen, sondern mußten das, was sich doch nicht vermeiden ließ, rechtzeitig tun. Am besten vor London, spätestens aber sofort nach dem Fauxpas Simons auf der Londoner Konferenz selbst.

Doch ist zu solch schmerzlichen Rückblicken jetzt keine Zeit; das Gebot der Gegenwart ist uns vorgeschrieben. Und da gilt es zu handeln. Nicht nur nach außen, sondern auch noch innen. Die Arbeiterschaft will Taten sehen! Die barbarischen Sondergerichtsurteile müssen revidiert werden. Die bayrischen Einwohnerwehren sind endlich zu entwaffnen. Und das wichtigste, es muß dafür gesorgt werden, daß die ungeheuerliche Steuersabotage der Besitzenden aufhört, daß Kapitalist und Junker bis an die äußerste Grenze der Leistungsfähigkeit Deutschlands Lasten tragen helfen.

Zu all dem ist erste Voraussetzung, daß die preußische Reaktionsregierung sofort verschwindet, und daß Severing und Braun wieder an die Stelle der kurzen bürgerlichen Herrlichkeit treten. Nur unter all diesen Voraussetzungen können wir uns auf die Dauer mit einer Koalitionsregierung befreunden; und nur diese Voraussetzungen können einer Arbeitsgemeinschaft der beiden sozialdemokratischen Parteien den Weg ebnen, und das ist der Herzenswunsch aller Arbeiter.

Werden diese Bedingungen erfüllt, so wird es ein Leichtes sein, die nationalistische Hetze zu ertragen. Dann werden auch die erwarteten Posaunenstöße der „Lüb. Anz." ungefähr die Wirkung und die Weise des Trompeters von Säckingen haben. Nicht girrendes Gefasel ist keine Politik. Oder ist es etwas anderes, was die patriotische Lübeckerin ihrem verliebt zuhörenden Volke von Ehre und eiserner Zeit vorschwärmt? Wir können es ihr nachfühlen, daß ihre militärischen Befehlshaber die jetzige Lage am liebsten mit militärischen Kommandorufen entwirren möchten. Nach einem kurzen Blutrausch könnte man dann ja dem Volke wieder die Schuld für das Mißlingen aufhalsen. Dornröschen hat ein Jahrhundert verschlafen, manche moderne Patrioten werden noch mehr als zwei in seliger Selbstversunkenheit und in Kasernenerinnerungen verschwelgen. Es ist dies süß wie Opium und deshalb gefährlich; es ist aber nicht die Tat, sondern die Schlaffheit.

Das Kabinett ist noch nicht vollständig gebildet; ein endgültiges Urteil wäre deshalb verfrüht. Der Reichskanzler bietet alle Gewähr für Demokratie; er ist als Führer des linken Zentrumsflügels und als politischer Freund Erzbergers einer der wenigen bürgerlichen Demokraten im Reichstag. Seiner Herkunft nach ist er Proletarier; sein Vater ist Maschinenmeister bei dem bekannten Herderverlag in Freiburg i. B.

Wirth vor dem Reichstag.

Um 9 Uhr wird die bereits auf 7 Uhr angesetzt gewesene Sitzung eröffnet.

Das Haus ist dicht besetzt. Die Tribünen sind gefüllt und in der Diplomatenloge sitzen zahlreiche Vertreter der Entente und der neutralen Staaten.

Der neue Reichskanzler Dr. Wirth nimmt mit den Mitgliedern seines Kabinetts am Regierungstisch Platz.

Um 9 Uhr eröffnet

Präsident Loebe

die Sitzung mit folgender Ansprache:

Der Reichstag hat sich versammelt, um eine Entscheidung von unabsehbarer Tragweite zu fällen. Indem ich die Sitzung eröffne, gebe ich dem Wunsche Ausdruck, daß unsere Verhandlungen von dem Ernste getragen sein mögen, den die heutige Stunde uns gebietet. Unter den Eingängen befindet sich die Erklärung der alliierten Regierungen vom 5. Mai, ferner das Abkommen zwischen der deutschen Regierung und der russischen sozialistischen Sowjetrepublik über die Erweiterung des Tätigkeitsgebietes der beiderseitigen Delegationen.

Zur Entgegennahme einer Erklärung der neuen Reichsregierung erhält das Wort der Reichskanzler.

Reichskanzler Dr. Wirth:

Der Reichspräsident hat mich ersucht, die Kabinettsbildung zu übernehmen und ich habe geglaubt, in einer so entscheidungsschweren Stunde mich diesem Ruf nicht versagen zu dürfen.

Die Aufgabe in dieser schweren Stunde ist, die Entscheidung des Reichstages über das Ultimatum der alliierten Regierungen herbeizuführen. Im Hinblick auf den Ablauf der Frist muß ich Sie bitten, Ihre Meinungen durch unverzügliche Beschlüsse auszudrücken. Es bleibt uns keine andere Möglichkeit, als Annahme oder Ablehnung. Das Ja bedeutet, daß wir uns bereit erklären, die schweren finanziellen Lasten, die man uns auferlegt, in freier Arbeit zu tragen. Die Ablehnung aber würde bedeuten die Zwangsvollstreckung in unserer ganzen deutschen Volkswirtschaft, würde bedeuten Sklavenarbeit unter Aufsicht feindlicher Bajonette, würde bedeuten die Auslieferung der Grundlagen unserer industriellen Tätigkeit, die Zerstörung unseres ohnehin so stark geschwächten Wirtschaftskörpers, und Knebelung unseres ganzen Erwerbslebens wäre die Folge. Aber noch ungeheurer könnte sich die Ablehnung auswachsen für unsere politische Existenz, für unser Reich. Es steht mehr als Geld und Gut auf dem Spiele, es handelt sich um die Zukunft unseres hart geprüften geliebten Vaterlandes. Die deutsche Regierung nimmt aus diesem Grunde das Ultimatum der Alliierten an. Die Verantwortung für die weltwirtschaftlichen Folgen des Ultimatums liegt bei der Gegenseite. Nur durch unsere Leistungen können wir unsere Gegner von der Aufrichtigkeit unseres Wollens überzeugen und dadurch erreichen, daß eine erträgliche Handhabung der Londoner Beschlüsse im Rahmen unserer Leistungsfähigkeit gesichert ist. Durch die Annahme des Ultimatums beseitigen wir die nahe drohende Besetzung des Ruhrgebiets. Die vielfach geäußerte Besorgnis, daß es auf jeden Fall, mögen wir unterzeichnen oder nicht, zum Einmarsch kommen wird, findet keine Stütze in dem Ultimatum. Nach Sinn und Wortlaut bildet die Abstandnahme von Sanktionen, insbesondere die Nichtbesetzung des Ruhrgebietes die Grundlage der Annahme des Ultimatums. Daß wir bei dieser schweren Entschließung unseren Blick auch auf Oberschlesien richten, bedarf keiner Begründung. In dieser Hinsicht vertrauen wir fest auf das Ergebnis der Volksabstimmung. Worauf es jetzt ankommt, ist, daß die alliierten Regierungen den von Polen gemachten Versuch, eine allem Recht Hohn sprechende vollendete Tatsache zu schaffen, nicht dulden werden, daß auf keinen Fall ein polnischer Diktator diejenigen Rechte, die uns der Friedensvertrag gibt, mit Füßen tritt. Dieser Vertrag, aus dem uns so gigantische Lasten auferlegt werden, begründet für die alliierten Regierungen einigen Pflichten. Die neugebildete deutsche Regierung empfiehlt Ihnen, nach eingehen-

der Prüfung die Annahme des Ultimatums der Alliierten.

Das Haus tritt sofort in die Besprechung ein.

Erklärung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Wels gibt im Namen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion folgende Erklärung ab:

Unter dem Druck ungeheurer Gewaltmaßnahmen angesichts des drohenden Verlustes lebenswichtiger deutscher Landesteile in West und Ost ist das deutsche Volk gezwungen, in kürzester Frist ohne Vorbehalt und Bedingungen einen Plan zur Wiedergutmachung der Kriegsschäden anzunehmen, dessen vollständige Ausführung für die arbeitende Bevölkerung nicht nur Deutschlands, sondern auch für Europa die allerschwersten Gefahren in sich birgt. Die politische Verantwortung für Annahme und Ausführung des Ultimatums fiel nach Auffassung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion jenen Parteien zu, die am meisten zur Verlängerung des Krieges und zur Vermehrung seiner Lasten beigetragen haben. Es sind das dieselben Parteien, die nach der starken Stellung der hinter ihnen stehenden Kreise im Wirtschaftsleben jetzt auch das meiste zur Erfüllung der ungeheuren wirtschaftlichen Verpflichtungen beitragen müßten, die unserm Volk auferlegt sind. Da aber jene Parteien trotz ihrer laut bekundeten nationalen Gesinnung in schwerster Stunde versagen und auf einer Politik beharren, die unmittelbar zur Auslieferung deutscher Landesteile in Feindeshand führt, hält es die sozialdemokratische Reichstagsfraktion für ihre Pflicht am Volke, die von den eigentlichen Verantwortlichen im Stich gelassene Aufgabe mit zu übernehmen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich daher entschlossen, an einer Regierung teilzunehmen, die durch Annahme des Ultimatums Deutschland vor den unmittelbaren katastrophalen Folgen einer Ablehnung retten und den Versuch machen will, das uns Auferlegte nach bestem Können zu erfüllen. Dieser Versuch allein kann noch den Weg öffnen, der uns aus dem Chaos einer militaristischen Gewaltpolitik heraus zum wirklichen Frieden führt. Keine Regierung ist noch vor schwierigere verantwortungsvollere Aufgaben gestellt worden wie diese. Zu ihrer Lösung bedarf sie der Einigkeit und der hingebungsvollen Unterstützung der breitesten Volkskreise. Glückliche oder auch nur befriedigende Zustände herzustellen, wird sie nicht imstande sein, neue Lasten wird sie dem Volke nicht ersparen können. Sie wird schon den Dank des Volkes verdient haben, wenn es ihr gelingt, das Allerschlimmste abzuwehren. Aus diesem Grunde sind wir bereit, die neue Regierung zu unterstützen.

Trimborn (Z.) gibt eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Die Höhe der aus den uns durch den Versailler Vertrag auferlegten Wiedergutmachungsverpflichtungen ist von der Wiedergutmachungskommission unserer Gegner auf 132 Milliarden Goldmark festgesetzt. Es fehlt jede Erfahrung darüber, ob eine Schuld von dieser Höhe überhaupt aufgebracht werden kann. Es fragt sich daher, ob sie nicht wegen Leistungsunfähigkeit zu verweigern ist. Bei der Abwägung der Gründe für und gegen die Ablehnung haben wir es für wahrscheinlich erachtet, daß das deutsche Volk bei der Annahme der Forderungen der Alliierten in seinem Fortbestande weniger gefährdet sei, wie bei den mit ihrer Ablehnung eintretenden Wirkungen (Besetzung des Ruhrgebietes). Wir sind uns bewußt, daß wir bei Erfüllung dieser Forderungen uns unsere Lebenshaltung usw. einschränken und unsere Produktion steigern müssen. Zu unseren Geldleistungen und zu unserer tätigen Mitarbeit im Wiederaufbau von Nordfrankreich werden Sachleistungen hinzuzutreten haben. **In der Ueberzeugung, daß es für die Erhaltung und Wiederaufrichtung Deutschlands keinen andern Weg gibt als die Unterschrift, haben wir uns entschlossen, unsere Zustimmung zu ihr durch unser Ja zum Ausdruck zu bringen, womit wir zugleich die Erfüllung der Entwaffnungszusage aussprechen.** Dem neuen Kabinett sprechen wir unser Vertrauen aus.

Dr. Stresemann (DVP.): Namens der Fraktion der Deutschen Volkspartei habe ich folgende Erklärung abzugeben: Die Fraktion ist einstimmig der Auffassung, daß die in dem Ultimatum zugemuteten Leistungen von der deutschen Volkswirtschaft nicht getragen werden können, ohne die Substanz der deutschen Wirtschaft in einem Maße anzugreifen, daß dadurch der Niederbruch herbeigeführt werden müßte. Die Fraktion ist sich dabei bewußt, daß die Regierung in der Frage der Erfüllung der Entschädigungspflichten alles zur Ausnutzung der Leistungsfähigkeit versuchen muß, wie Deutschland es auch grundsätzlich gegenüber dem Präsidenten der Vereinigten Staaten zum Ausdruck gebracht hat. Die Durchführung der uns auferlegten Bedingungen ist aber insbesondere unvereinbar mit der Aufrechterhaltung der heutigen sozialen Lage der deutschen Arbeiterschaft und stellt die Aufrechterhaltung der sozialen Gesetzgebung des Reiches in Frage. Die Bedingungen des Ultimatums gefährden die Souveränität des Deutschen Reiches auf dem Gebiete seines Wirtschaftslebens und seiner Finanzgesetzgebung. Sie stellen das Deutsche Reich unter eine internationale Kontrolle, die uns nicht einmal die Freiheit läßt, nach unserer eigenen Kenntnis der Kräfte des deutschen Wirtschaftslebens diejenigen Maßnahmen einzuleiten, die nach seiner Ueberzeugung für die Erhaltung des Wirtschaftslebens notwendig sind. Das Ultimatum verlangt unsere Zustimmung zu solchen Bedingungen in einer Zeit, in der die Grenzen des Reiches noch nicht feststehen, wohl aber die Pläne Frankreichs, uns eine der wichtigsten Grundlagen unserer Kraft, des oberschlesischen Industriegebietes, zu berauben. Die Forderung der Entwaffnung ist nicht zu vereinbaren gewesen mit dem Sinne und dem Wortlaut des Friedensvertrages. Wir sollen in einer Zeit unsere Zustimmung geben, in der wir im Osten systematisch der polnischen Verfolgung ausgesetzt sind und in der die Eroberungssucht des polnischen Staates unser eigenes Staatsleben bedroht. Die Versuche, eine Zustimmung darüber zu erlangen, daß im Falle der Annahme des Ultimatums neben anderen Forderungen vor allem der Besitz Oberschlesiens Deutschland gewährleistet wird, haben leider bis zur Stunde zu keinem uns befriedigenden Ergebnis geführt. Damit sind auch für alle diejenigen Mitglieder der Fraktion, die in diesem Falle geneigt gewesen wären, durch Anspannung der letzten Kraft unseres Volkes die zeitweise Erfüllung der Bedingungen zu versuchen, die Voraussetzungen gefallen, dem Ultimatum zustimmen zu können. Aus diesem Grunde ist die Fraktion zu dem Entschluß gekommen, das Ultimatum abzulehnen.

Hergt (DNP.): Die Sozialdemokratie übernimmt die eigene Verantwortung dafür, daß die deutsche Arbeiterschaft im Wirtschaftsleben in Abhängigkeit vom ausländischen Kapital gebracht wird. Wo bleibt da der Achtstundentag? (Zwischenruf links: Sie sind für den Achtstundentag?) In Oberschlesien brennt es. Oberschlesien muß Hilfe werden. Wir wissen, daß die neue Regierung ihre Hoffnung auf von englischer Seite abgegebene Erklärungen gesetzt hat. Leider ist das ein bloßes entferntes Inaussichtstellen, nichts von Zusicherungen. Wir wissen, daß die Kreise Pleß und Rybnik uns genommen werden sollen, während wir doch der Meinung waren, daß ganz Oberschlesien uns bleiben sollte. Wollte Gott, daß es bei diesen Hoffnungen der neuen Regierung sich nicht etwa bloß um Illusionen handelt, wie sie in den letzten 2½ Jahren zu schwersten Enttäuschungen geführt haben. Erste Aufgabe der neuen Regierung ist, darum zu ringen, von Oberschlesien zu retten, was zu retten ist. Die zweite Aufgabe ist die Beseitigung der Passivität der Regierung in der oberschlesischen Frage. Man verlangt nun endlich einmal nach einer erlösenden Tat. (Unruhe links. Zwischenruf: Was soll denn getan werden?) Die Regierung soll nicht vergessen, daß es sich heute noch um geheiligtes deutsches Land handelt, daß wir die Exekutive über dieses Land nur unter der Bedingung aufrechterhalten, daß wir die Ruhe und Ordnung und den Schutz der Bevölkerung an die interalliierte Kommission abgetreten haben. Wir haben in schwerster Gewissensnot (Stürmische Unruhe links.) uns auch diese Frage zur Entscheidung vorgelegt. Die Frage liegt aber nicht mehr so: Hier gesicheres ganzes Oberschlesien auf der einen Wagschale, die Annahme des Ultimatums auf der anderen Wagschale. Von den Instanzen der Entente haben wir leider nichts an positiven Zusicherungen in bezug auf das Schicksal Oberschlesiens erhalten. Deswegen haben wir uns durchgerungen zur Ablehnung des Ultimatums. Wir vertrauen darauf, daß die Oberschlesier politisches Verständnis genug haben, um zu wissen, daß die oberschlesische Frage nur als Teil der großen deutschen Frage gelöst werden kann. Nun komme ich zur Lebensfrage der deutschen Nation selbst. Seit mehr als zwei Jahren haben wir in heißem Bemühen versucht, zu erfüllen und zu erfüllen. Neben den Folgen der Besetzung des Ruhrgebietes müssen wir aber auch moralische Fragen beachten. (Lachen links.) Das Wort des Reichskanzlers, es handle sich hier nicht nur um Geld und Gut, unterschreibe ich vom ersten bis zum letzten. Hier handelt es sich auch um moralische Gesichtspunkte. (Erneutes Gelächter links.) Zusammenfassend habe ich namens der Deutschnationalen Fraktion des Deutschen Reichstages zu erklären: Wir lehnen die Annahme des Ultimatums der Entente durch das Deutsche Reich ab. Wir lehnen ab, weil die materiellen Forderungen des Ultimatums unerfüllbar sind und weil ihre Annahme deshalb das deutsche Volk bereits in kurzer Zeit wieder vor dieselbe Frage stellen wird. Wir lehnen ab, weil das Drängen des Ultimatums auf Aburteilung der sogenannten Kriegsverbrecher ohne Beweise, die der Ankläger schuldig geblieben, einen mit der Würde Deutschlands nicht verträglichen Angriff auf die deutsche Rechtspflege bedeutet. Wir lehnen ab, weil die feindlichen Forderungen zur Entwaffnungsfrage weder mit der Sicherheit des Deutschen Reiches nach außen wie im Innern vereinbar sind. Wir lehnen ab, weil die Garantieforderung der Feinde eine Entmündigung Deutschlands bedeutet, die das deutsche Volk aus der Reihe der selbständigen Nationen streicht.

Ledebour (USP.) gibt eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Die Unabhängige Sozialdemokratie ist nach eingehender Prüfung der Gesamtlage zu dem Ergebnis gekommen, daß die Reichsregierung die Bedingungen des Ultimatums vom 5. Mai unter dem Zwange der angedrohten Gewaltmaßnahmen annehmen muß. Sie hat stets den Versailler Vertrag als einen Gewaltfrieden des siegreichen Imperialismus verurteilt. Nicht minder verurteilt sie auch die wirtschaftlichen Forderungen des Ultimatums als schwere Schädigung sowohl für die deutsche Arbeiterschaft wie für die aller anderen Länder. **Die Ablehnung der Forderungen würde jedoch dem deutschen Volke, ganz besonders aber der deutschen Arbeiterschaft Unheil und Verderben bringen.** Sie würde die sofortige Besetzung des Ruhrgebiets zur Folge haben. Weit über die Nachteile hinaus, die der Bevölkerung der neu besetzten Gebiete je erwachsen würden daraus, müßte dem übrigen Deutschland die Absperrung von der Ruhrkohle und anderen Montanprodukten schweren Schaden verursachen. Die Brachlegung von Industriewerken, Verkehrseinrichtungen usw. würde eine Arbeitslosigkeit von bisher nicht gekannter Ausdehnung herbeiführen und das deutsche Wirtschaftsleben völlig zerrütten. Diese katastrophalen Erscheinungen würden noch erheblich verstärkt werden durch die Ablehnung der Forderungen, betreffend die Entwaffnung und Aburteilung der Kriegsverbrecher. Die Entente könnte das als einen Beweis der Blödsinnigkeit Deutschlands auslegen und aus dieser Stimmung heraus die Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens entgegen dem Abstimmungsergebnis zu ungunsten Deutschlands fällen. Damit würde dann auch der oberschlesische Kohlenbezirk Deutschlands verloren gehen. Gerade jetzt, wo der polnische Imperialismus sich Oberschlesien gewaltsam anzueignen sucht, muß alles vermieden werden, was eine Parteiergreifung zugunsten der Polen herbeiführen könnte. Es liegt im dringendsten Interesse der deutschen wie der polnischen Arbeiter, daß eine friedliche Verständigung zwischen Polen und Deutschland durch die Einwirkungen des internationalen Proletariats herbeigeführt wird. Die geforderten exorbitanten Entschädigungen sind auf ihre wirtschaftlichen Wirkungen hin nicht genügend geprüft worden, aber das ernstliche Bemühen, mit ihrer Durchführung zu beginnen, schafft Deutschland wenigstens eine Art Atempause. Die Praxis wird sehr bald beweisen, daß die erzwungenen Lieferungen nicht nur die Lebenshaltung des deutschen Volkes untergraben, sondern auch das Wirtschaftsleben der Ententestaaten und der Neutralen zerrütten müssen. Denn die geforderten Zahlungen, anfangs schon über 3 Milliarden Goldmark im Jahre, kommen tatsächlich hinaus auf die Lieferung von Industrieprodukten aller Art in diesem Wertbetrage, ohne daß wir in der Lage sind, uns für diese ausgeführten Waren durch Wareneinfuhr aus den belieferten Ländern einen Ersatz zu beschaffen. Das bedingt die Herabsetzung der Ausfuhrmöglichkeit und der Eigenproduktion in den Ententeländern selbst. Die letzten provozierenden Aeußerungen des Vorredners, dessen Erklärung ja schon in der „Deutschen Tageszeitung" gestanden hat, nötigen mich noch zu einigen Erwiderungen. Herr Hergt hat für Oberschlesien Taten verlangt. Auf die wiederholten Zurufe, was für Taten er denn meine, hat er sich in diplomatischer Zurückhaltung ausgeschwiegen. Immer verlangen die Deutschnationalen, daß etwas geschieht, aber sie sind niemals bereit, ihre Forderungen auszusprechen und die Konsequenzen zu ziehen. Wenn sich hier der Mangel an Mut schon in Worten zeigt, so wird er bei den Taten noch viel krasser in Erscheinung treten. Es ist eben nur eine rhetorische Attacke. Herr Hergt sprach dann, wie seine Fraktion um die Entscheidung über das Ultimatum gerungen hat. Hinterher aber sagt er, es bestand niemals der geringste Zweifel an der Ablehnung. Darin besteht, um einen Lieblingsausdruck des Vorredners zu gebrauchen, die innere Unwahrhaftigkeit seiner Erklärung. Sie (nach rechts) hätten vor allen anderen Parteien in dieser Frage an ihre Brust zu schlagen und zu sprechen: Gott sei mir Sünder gnädig! (Sehr richtig!) Herr Hergt gehörte seinerzeit zu den Befürwortern des rücksichtslosen U-Boot-Krieges. Die Unfähigkeit seiner Freunde in Verbindung mit dieser Politik hat uns in diese Lage geführt. Wir erwarten vom internationalen Sozialismus den Widerstand gegen weitere Sanktionen und Versklavungen.

Haas (DDP.): Jeder ernsthafte Deutsche befand sich in diesen Tagen in schwerer Gewissensnot, aber die Rede des Abg. Hergt war nicht so, als ob er einen Blick hätte für die Gewissensnot anderer Abgeordneter. Aus der Unklarheit der Entwicklung unserer Zukunft erklärt sich die verschiedenartige Entscheidung der Mitglieder meiner Fraktion. Wenn wir das Ultimatum annehmen, so erwarten wir von der Entente gerechte Entscheidung über Oberschlesien auf Grund des Abstimmungsergebnisses, vor allem sofortige Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung in Oberschlesien. Die Annahme des Ultimatums bedeutet keine Zustimmung zu den bisherigen oder weiteren Sanktionen. Wir erwarten endlich Zurückführung der Besatzungen im Westen auf ein erträgliches Maß. An die bayrische Regierung und das bayrische Volk richten wir die Bitte, uns zu helfen, um alle Verpflichtungen des Ultimatums zu erfüllen. Wir werden die neue Regierung unterstützen.

Koenen (Komm.): Der Reichskanzler sprach nur von der Wiedergutmachung, aber nicht von der Entwaffnung. Vielleicht hat das Herr v. Kahr nicht erlaubt, vielleicht auch, weil dieser seine besonderen Absichten hat. Die neue Regierung kann in den breiten Massen auch nicht einen Funken von Vertrauen erwecken. Es ist ein großes Maß von Heuchelei, wenn die Deutschnationalen und die von der Deutschen Volkspartei jetzt auf die Tränendrüsen drücken, als ob ihnen wirklich so ums Herz wäre. Doch das glaubt man ihnen weder in Deutschland noch in den Ententestaaten. Die Unabhängige Sozialdemokratie hat einerseits den Pazifismus in Reinkultur gezüchtet, anderseits ihr Mißtrauen gegen die Weltrevolution ausgesprochen; sie treibt kein besseres Spiel. Man verlangt, daß das ausländische Proletariat für uns kämpfe, tut aber in den eigenen Reihen nichts, um die Masse in Bewegung zu setzen. Statt jetzt alles daran zu setzen, bleiben die Unabhängigen ängstlich in Berlin, jedenfalls, um sich unterdessen keinen Ministersessel entgehen zu lassen.

Damit schließt die Aussprache.

Es folgt namentliche Abstimmung über den Antrag Müller-Franken und Trimborn. Er wird mit 221 gegen 175 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Dafür stimmen das Zentrum, die Sozialdemokraten, die Unabhängigen, etwa die Hälfte der Demokraten und von der Volkspartei die Abgeordneten Heinze, v. Kardorff und v. Oheimb.

Die Abstimmung wird von der Rechten mit Pfuirufen aufgenommen, was heftigen Widerspruch bei der Mehrheit auslöst.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 2 Uhr. Kleine Vorlagen. Besoldungsordnung. Preisregulierung für Druckpapier.

Schluß 12½ Uhr.

Die Rückwirkung auf Preußen.

Berlin, 10. Mai. Nach der Annahme der Mehrheitssozialisten im preußischen Landtag habe man auch für Preußen „morgen" ein neues Kabinett zu erwarten.

Die Lage in Oberschlesien.

TU. Berlin, 10. Mai. In Oberschlesien ist nun bedauerlicherweise auch der wichtige Eisenbahnknotenpunkt Kandrzin in die Hände der Polen gefallen. Dadurch ist eine Wiederaufnahme des Verkehrs von Oppeln nach dem Industriebezirk unmöglich. Die Meldung, daß Tarnowitz genommen sei, begegnet starken Zweifeln, weil dort erst in den letzten Tagen zwischen den Deutschen und Aufständischen ein Abkommen geschlossen wurde, wonach Tarnowitz nicht genommen werden sollte. In einer größeren Anzahl von Betrieben ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Das ist dem Beruhigungswillen der deutschen Gewerkschaften und der deutschen Arbeiter zu verdanken. Es muß aber lebhaft bezweifelt werden, daß diese Wiederaufnahme der Arbeit sich auch wird durchführen lassen, denn bisher sind schon wieder Arbeitswillige von den Aufständischen von ihrer Arbeitsstätte vertrieben worden. Zudem muß beachtet werden, daß die Werksleitungen in dem von Polen besetzten Gebiet samt und sonders sich in den Händen der Aufständischen befinden und daß die Direktoren und Beamten, die nicht geflüchtet sind, von den Aufständischen von ihren Posten entfernt wurden. Unter diesen Umständen ist an eine geregelte Wiederaufnahme der Arbeit nicht zu denken. Der Straßenbahnverkehr zwischen Beuthen und Kattowitz ist wieder aufgenommen, doch sind überall polnische Ausweise nötig. Im Kreise Kreuzburg verläuft die Linie, die von den Aufständischen besetzt ist, von Seichwitz über Gohle, Busow, Dupine, Koselwitz, Albrechtsdorf, Rulowitz, Wendrinerort, Kudoba und Sausenberg. Auf der Strecke Rosenberg-Landsberg haben die Polen bei Jamm eine Gleissprengung vorgenommen. Nachrichten über weitere Verstärkung der Aufständischen liegen vor.

Verschärfung.

TU. Berlin, 11. Mai. Nach den vorliegenden Meldungen hat sich die Lage in Oberschlesien verschlimmert. Starke Kräfte haben sich zu einem Angriff auf das westliche Oderufer gesammelt. Kattowitz und Kosel sind bedroht. Der Hafen von Kosel ist bereits von den Aufständischen besetzt worden, wobei diesen eine große Beute an Lebensmitteln in die Hände fiel. Der Ort Jogowin ist besetzt. In Tarnowitz ist die Gefahr auf das höchste gestiegen. Altrosenberg ist von den Aufständischen wieder geräumt worden.

Breslau, 11. Mai. Bei der Besetzung des Hafens von Kosel fielen große Mengen von Lebensmitteln in die Hände der Insurgenten. Der Stadt Kosel wurde seitens der Insurgenten ein Ultimatum gestellt, das bis gestern 3 Uhr nachmittags beantwortet sein mußte. Angesichts der Haltung der interalliierten Besatzungstruppen ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Stadt übergeben worden ist. Auf telephonischen Anruf meldet sich Kosel nicht mehr.

Breslau, 11. Mai. Der Hafen von Kosel ist gestern nachmittag um 3 Uhr wieder befreit worden. Der Gegenstoß wurde vom deutschen Selbstschutz erfolgreich durchgeführt. Die Stadt Kosel ist ebenfalls befreit und dem Schutz der italienischen Truppen übergeben worden.

TU. Breslau, 11. Mai. Von gut unterrichteter Seite wird der „Schlesischen Volkszeitung" folgender Lagebericht zur Verfügung gestellt: Größere Kampfhandlungen der Insurgenten haben nach der Einnahme von Kandrzin nicht stattgefunden. Nur im Kreise Kreuzburg machte die deutsche Gegenwehr einen Vorstoß gegen Altrosenberg. Die Untätigkeit der Insurgenten ist wohl zurückzuführen auf die Unterhandlungen welche die Interalliierte Kommission mit der Leitung der Insurgenten angebahnt hat. Es verlautet, daß diese Verhandlungen vor dem Abschluß stehen. Es soll eine Demarkationslinie festgelegt werden, die von Dzierzowitz über Ujes—Tost—Zwadski—Guttentag—Bodzanowitz läuft. Die interalliierten Truppen sollen, wenn die Verhandlungen zwischen General Lerond und den Insurgenten zu einer Vereinbarung führen, sich über diese Demarkationslinie zurückziehen. Korfanty hat einen neuen Aufruf an die Arbeiter und Bauern erlassen und sie zur Aufnahme der Arbeit aufgefordert.

Gleiwitz, 11. Mai. Die meisten deutschen Zeitungen sind am Erscheinen vollständig verhindert. Dagegen werden die polnischen Zeitungen in Massen verbreitet. Die deutsche Presse ist außerdem unter Zensur gestellt. Trotz der Zensur ist die „Oberschlesische Volksstimme" auf 2 Tage verboten worden wegen einer Nachricht, daß anläßlich einer Schlägerei in Kattowitz zwei Franzosen getötet worden seien.

Die rheinische Zollgrenze.

Beginn der Zollerhebung auf den Landstraßen.

TU. Solingen, 10. Mai. Die Zollerhebung auf den Landstraßen tritt an der Grenze des Kölner Brückenkopfes morgen früh in Kraft. Am Solinger Bezirk sind Zollstationen für den Landstraßenverkehr eingerichtet worden, in Burg an der Wupperbrücke, in Müngsten oberhalb Felsenkeller, in Kohlfurt vor der Wupperbrücke, in Gräfrath an der Kluse und außerdem in Haan. Lastautos werden nur in der Zeit von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends abgefertigt. Später ankommende Fuhrwerke werden bis zum anderen morgen angehalten. Eine Reihe von Grenzübergängen zwischen den einzelnen Zollstationen sind für den Durchgangsverkehr gesperrt. Diese Wege dürfen nur von den Bewohnern bestimmter Ortschaften und von Bäckern und Metzgern passiert werden. Die Zollabfertigung erfolgt durch deutsche Beamte unter Kontrolle von Beamten der Alliierten und der britischen Zollpolizei.

Mainz, 10. Mai. Wegen Stockung an der Zollgrenze sind sämtliche Stationen des hessischen Teiles des Brückenkopfes Mainz für Eilgut, Frachtstückgut und Wagenladungen aus dem rechtsrheinischen Gebiet gesperrt.

Kleine politische Nachrichten.

Der norwegische Gesandte in Berlin, Wollebaek, wurde zum Gesandten in Stockholm und der norwegische Gesandte in Rom, Scheel, zum Gesandten in Berlin ernannt.

Nach einer finnischen Meldung aus russischen Blättern ist der Hafen von Petersburg jetzt von Minen reingefegt. Das erste Auslandsschiff mit Kohlen wird am 10. Mai erwartet.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 11. Mai.

Die Jugend kommt!

Pfingsten steht vor der Tür und überall in Schleswig-Holstein und Mecklenburg rüstet die Jugend zur Fahrt nach Lübeck. Ein Teil kommt am Sonnabend abend, der Rest am Sonntag abend angewandert in der Hoffnung, in Lübeck einige in jeder Beziehung gute Stunden zu verleben. Wir wollen es allen gönnen, daß ihre Erwartungen erfüllt werden. Für den größten Teil des Gelingens bürgt die Jugend selbst. Zum Gelingen gehört aber auch die Teilnahme der erwachsenen Freunde und Freundinnen der Jugend. So sei in letzter Stunde noch einmal an die Lübecker Arbeiterschaft die Bitte gerichtet, zu unserer Jugendfeier am Sonntag abend im Gewerkschaftshaus zu erscheinen. Die Freilicht-Aufführung im Riesebusch, etwas für Lübeck Neues, muß Ziel aller Lübecker Pfingstwanderer sein. Alle, welche von dort aus mit der Jugend zurückwandern, werden außer der schönen Aufführung noch die Schönheit eines fröhlichen, von Lebenslust getragenen Jugendzuges erleben. Ueberall, wo Erwachsene solche Züge unserer schmucken, singenden und scherzenden Jugend sahen, waren auch sie begeistert und erfüllt von der Zuversicht, daß nur bei solchen Jungen und Mädels die Zukunft sicher ist. Nachmittags wird für einige Stunden auf dem Buniamshof fröhliches, ausgelassenes Treiben herrschen. Volkstanz, Gesang und Spiele aller Art werden wie überall so auch hier allen gefallen. Allen Teilnehmern wird bewußt werden, daß die Jugend auf dem Wege ist, eine neue, schöne Lebensführung zu erobern. Eine Lebensführung, die sich abhold allem Niedrigen, in edlen Bahnen bewegt und sich den Namen einer Lebensführung im Sinne sozialistischen Gemeinschaftsgefühls verdient hat. Aus unserer Jugend tauchen die Formen eines neuen Lebens auf. Erkennen wir es und unterstützen wir sie.

Wir tragen unsere letzte Bitte vor: Die Anmeldungen für Freiquartiere genügen noch nicht. Es ist unser Wunsch, noch mehr Jugendliche bei unseren erwachsenen Genossen und Genossinnen unterzubringen. Die Festesfreude wird unseren Jugendlichen bös gemindert, wenn sie, die in der Hoffnung kamen, nach langer Wanderung ins Bett zu kommen, ins Massenquartier abwandern müssen. Es wird ihnen zumute sein, als hätte die Lübecker Arbeiterschaft nichts für sie übrig. Es kommt für die meisten nur die Nacht zum Montag in Frage. Die Jugendlichen sind bescheiden in ihren Wünschen. Tut also das Mögliche! Anmeldungen der Quartiere nehmen sämtliche Mitglieder der Arbeiter-Jugend entgegen. Auch sind am Sonntag abend im Gewerkschaftshaus noch müde Gäste zu erhalten.

Genossinnen und Genossen, ob jung oder alt, sorgt alle dafür, daß der Jugendtag gelingt und ein schönes Zeichen sozialistischer Solidarität und Kraft wird!

W. K.

Arbeitsmarktlage im Monat April. Die Arbeitsmarktlage hat sich gegenüber der im März nur wenig geändert. Es meldeten sich insgesamt beim hiesigen öffentlichen Arbeitsnachweis während des Aprils 2972 männliche Arbeitsuchende, denen an offenen Stellen 1393 gegenüberstanden, von denen wiederum 1228 besetzt wurden. In der Metall-Industrie war die Nachfrage nach Arbeitskräften nicht so groß, wie im März. Immerhin erfolgten 127 Vermittelungen durch den Arbeitsnachweis. Besonders hat die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen in der Metall-Industrie, namentlich Bau- und Maschinenschlosser, sowie Dreher zugenommen. Ganz besonders günstig ist die Lage im Baugewerbe, der Arbeitsnachweis konnte nicht alle offenen Stellen an gelernten Bauarbeitern besetzen. Die übrigen Gewerbezweige zeigen gegenüber den Vormonaten keine Veränderung.

Der nationalistische Rummel wird in dieser traurigen, tiefernsten Zeit bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit heute mehr denn je propagiert. Für gewisse Ueberpatrioten ist es das einzige Mittel, das dazu dienen soll, um Deutschland im früheren Glanz und alter Pracht erstehen zu lassen. Man schwelgt in nationalistischer Trunkenheit, hegt und pflegt den alten monarchistischen und militaristischen Geist in überschwänglicher Weise, der Deutschland an den Rand des Abgrundes gebracht hat. Eine solche nationalistische Veranstaltung fand, wie die „Lüb. Anz." berichten, dieser Tage im Kolosseum statt. Der berüchtigte „Stahlhelm" hatte einmal wieder seine Getreuen zusammenberufen. Man zeigte Kriegsbilder und kramte Kriegserinnerungen aus, wodurch der kameradschaftliche Geist gepflegt werden sollte. Man sprach auch von „Einigkeit und Recht und Freiheit". Begeistert sangen alle stehend den Vers: „Blüh' im Glanze dieses Glückes, blühe deutsches Vaterland!" — Mögen die Herrschaften sich die Kehlen wund schreien: auf diese Weise wird Deutschland nie zum Glanze und zur Blüte gelangen. Das weiß jeder vernünftige Mensch; aber unsere Hurrapatrioten müssen sich austoben. Das erfordert die „nationale" Gesinnung. Sie haben weder aus der Vergangenheit, noch aus der Gegenwart das geringste gelernt, diese Anbeter des Schwertes und der Kanonen.

Zum Streik der Steinarbeiter, Stampfer und Hilfsarbeiter. Am 1. April war unser Tarif abgelaufen. Wir pflogen aber mit den Arbeitgebern weitere Verhandlungen und kamen am 5. April vor den Schlichtungsausschuß, der uns eine Erhöhung der Löhne um 30 Pfg. zubilligte, sich aber mit den anderen strittigen Punkten nicht befaßte. Im Gegenteil, die Arbeitgeber erklärten, es komme nur ein Provisorium bis zum 30. Juni 1921 in Betracht. Dann läuft der Mecklenburger Tarif ab und dann wollen die Unternehmer einen Bezirkstarif beider Mecklenburg und Lübeck abschließen. Dieser Schiedsspruch wurde aus naheliegenden Gründen abgelehnt. Am 14. April war der Vorsitzende nochmals bei dem zuständigen Herrn Arbeitgeber vorstellig, der erwiderte: „Eine nochmalige Unterhandlung hat keinen Zweck, wir dreschen bloß leeres Stroh; streiken Sie doch, ich gebe Ihnen noch etwas zu." Am 16. April wurde eine Versammlung abgehalten, die beschloß, die Arbeit nicht mehr aufzunehmen. Seit diesem Tage befinden wir uns im Streik und hatten wiederholt Verhandlungen, die nicht den erwünschten Erfolg brachten. Jetzt haben sich die Unternehmer entschlossen, den Demobilmachungskommissar anzurufen. Um falschen Gerüchten vorzubeugen, ersuchen wir das Publikum, erhöhte Preise für Denkmäler abzulehnen. Denn durch unsere Forderungen sind diese nicht gerechtfertigt. Wenn es sein muß, bringen wir auch hier den Beweis, daß die hohen Preise der Denkmäler nicht dem Lohn zuzuschreiben sind, sondern der Gewinnsucht der Unternehmer. Wir sind durchweg durch die Kriegsjahre und Teuerung verarmt, was man bei den Unternehmern nicht sagen kann. Bezeichnend ist, daß sich unsere früheren beiden Kollegen, Gebr. Zachow, am allerschärfsten gegen eine Verbesserung unserer Lage wenden. Sie arbeiten Tag und Nacht und würden das am liebsten auch von ihren Gehilfen sehen. Wir möchten einmal fragen, ob es zulässig ist, in solch hohem Maße seine eigenen Kinder zu beschäftigen? Wir ersuchen alle Kollegen und Genossen, uns in unserem Kampfe zu unterstützen. Ganz besonders die Transportarbeiter und Kutscher möchten die Beförderung von Steinen verweigern. Im Streik stehen 27 Kollegen, inklusive Stampfer, Hilfsarbeiter, Schmied und Tischler.

Die Streikleitung.

Konsularisches. Der Senat hat den finnischen Konsul in Lübeck Johannes Christian Fehling, nachdem ihm namens des Reichs das Exequatur erteilt worden ist, für das lübeckische Staatsgebiet anerkannt und zugelassen.

Steuerabzüge durch Aenderung des Einkommen-Steuer-Gesetzes. Die Zahl der zulässigen Abzüge ist durch die Novelle beträchtlich vergrößert worden. Da diese Bestimmungen durchweg rückwirkend ab 1. April 1920 in Kraft treten, können Sie schon bei der jetzt einzureichenden Steuererklärung berücksichtigt werden. Wer seine Erklärung schon eingereicht hat, tut gut, um sich diese Vergünstigungen nicht entgehen zu lassen, seine Erklärungen zu berichtigen. Einen erläuternden Vortrag hält am Donnerstag, abends 8 Uhr, in der Aula des Johanneums Dr. Haun. (Siehe Inserat.)

Wirtschaftliche Ausstellungen während der „Nordischen Woche". Gegenüber irrigen Auffassungen, die in Lübeck und auch auswärts in der Frage der Veranstaltung von wirtschaftlichen Ausstellungen während der Nordischen Woche zutage treten, ist auf Grund eingehender Besprechungen in den zuständigen Ausschüssen festzustellen, daß wirtschaftliche Ausstellungen oder eine Messe während der „Nordischen Woche" von deren Leitung nicht veranstaltet werden. Es bleibt vielmehr den einzelnen wirtschaftlichen Kreisen überlassen, die Zweckmäßigkeit von Ausstellungen während der „Nordischen Woche" und ihre Durchführbarkeit in einer der „Nordischen Woche" würdigen Form zu prüfen und die hiernach etwa angebracht erscheinenden Maßnahmen mit Hilfe ihrer hiesigen Fachverbände zu treffen. Eine Kollektivausstellung des Lübecker Handels kommt nach Ansicht führender Persönlichkeiten nicht in Frage, da nach der Leipziger Messe, welcher der „Nordischen Woche" voraufgeht, eine „Lübecker Messe" nur unvollkommen wirken könnte.

Falsche Tausendmarkscheine treten in letzter Zeit in verschiedenen Städten Deutschlands wieder auf. Es sind Nachahmungen der Reichsbanknoten zu 1000 Mk. mit dem Datum vom 21. 4. 1910. Sie tragen sowohl grünen als auch roten Adlerstempel. Sie sind am besten daran zu erkennen, daß der kleine Adler im Brustschild des großen Adlers in dem Adlerstempel nur als ein Farbenkleck erscheint, während auf den echten Noten auch mit bloßem Auge die Zeichnung des kleinen Adlers deutlich zu erkennen ist. Der Faserstreifen ist durch Aufstreuen und scharfes Anpressen von Fasern nachgeahmt, während bei den echten Noten die Fasern in das Papier eingebettet sind, sodaß sie erst mit einer Nadel aus dem Papier gelöst werden können. Vielfach erscheinen die Scheine fahler als das Druckbild der echten Noten.

Werden Zeitungsanzeigen gelesen? In dem neuesten Heft von „Seidels Reklame" lesen wir: „Die Frage, ob Zeitungsanzeigen gelesen werden, wird oft gestellt und verschieden beantwortet. Nun hat der Leiter eines großen Geschäfts in Berlin, das fortwährend sehr bedeutende Summen für Zeitungsanzeigen ausgibt, einen Versuch gemacht, dessen Ergebnis einen lehrreichen Beitrag zur Beantwortung dieser Frage bildet. Er setzte nämlich in die Zeitungen eine Anzeige, in die vorsätzlich verschiedene fehlerhafte Angaben über geschichtliche Ereignisse eingeschmuggelt waren und wartete ab, ob hierauf etwas erfolgen würde. — Und ob was erfolgt! Im Laufe einer Woche waren bei dem Geschäftshause aus allen Teilen des Landes etwa 300 bis 400 Zuschriften eingelaufen, in denen die Briefschreiber ihr Erstaunen darüber ausdrückten, daß ein solcher Schafskopf, der von nichts eine Ahnung zu haben scheine, die Geschäftsanzeigen der Firma abfassen dürfe. Und in den folgenden Tagen nahm der Briefstrom noch dauernd zu. Es liefen Briefe von Schuljungen und Schulmädchen, von Professoren und Lehrern, von Geistlichen und Landwirten ein, und selbst ein paar Namen von literarischem Ruf befanden sich unter den Briefschreibern. Damit war die Frage, um die es sich handelte, allerdings beantwortet, und der Leiter des Geschäftshauses erklärte, daß seine Ueberzeugung von der Wirksamkeit der Zeitungsanzeigen durch diesen Versuch außerordentlich gestärkt sei."

Leichenfund. Bei Schuppen 7 wurde die Leiche eines unbekannten, anscheinend dem Seemannsstande angehörigen Mannes aus der Trave gezogen. Die Leiche muß schon längere Zeit im Wasser gelegen haben, da sie stark verwest war.

Stadttheater. Donnerstag „Helden". Freitag „Der fliegende Holländer". Sonnabend „Helden". Zu den Kammerspielen Freitag „Casanovas Sohn", Erstaufführung, Frl. Winds, Jena, gastiert auf Engagement.

Ringkämpfe im Hansa-Theater. Ergebnis vom Dienstag. Westergaard-Schmidt besiegt Apollon in 14 Minuten. Bahn-Samson wirft Benkert in 12 Minuten. Schneider bleibt über Kornblum nach 5 Minuten Sieger. Der große Entscheidungskampf Stromski-Lettow endete nach einem äußerst interessanten Kampfe nach 47 Minuten zugunsten Stromski.

pb. **Festgenommen** wurde ein mehrfach vorbestrafter Arbeiter wegen Unterschlagung. Er hatte von einem in der Hundestraße wohnhaften Kaufmann eine größere Geldsumme entgegen genommen, um dafür Eier zu kaufen. Das Geld aber zu seinem Vorteil verwandt.

pb. **Gestohlen** wurde aus dem Flur eines Hauses an der Mauer ein Fahrrad, Marke Deutschland. — Einem in der Schönböckener Straße wohnhaftem Arbeiter sind zwei Speckseiten und ein Schinken mittels Einbruches gestohlen worden. — Aus einem Hause in der Lessingstraße sind zwei Fußmatten im Werte von 50 Mk. gestohlen worden.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Zum Tode des Redakteurs Hildebrandt, worüber wir kürzlich berichteten, teilt das „Hamb. Echo" mit, daß derselbe nicht an Unterernährung, sondern an den Folgen von Morphiumgenuß gestorben ist. Er und seine Ehefrau bestritten ihren Lebensunterhalt dadurch, daß sie in aufs äußerste Mitleid erregender Haltung in den verkehrsreichen Straßen Stellung nahmen; ohne direkt zu betteln, erreichten sie dadurch ein Einkommen, das sicher völlig ausreichend war, den Lebensunterhalt sicherzustellen. Dabei wohnten beide in einem Kellerloch, dessen Zustand jeder Beschreibung spottete. Das gesammelte Geld wurde offenbar in erster Linie verwandt, Morphium zu kaufen. Da die bürgerliche Presse diesen Fall für ihre Parteizwecke in hetzerischer Weise ausschlachtete, so stellt das „Echo" fest, daß Hildebrandt kein Parteiangestellter, sondern eine ziemliche dunkle Existenz war, die sich rühmte, Privatsekretär des Pastors Heydorn zu sein. Irgendwelche Funktionen hat er in der Partei nicht ausgeübt, sondern er verschwand recht bald wieder von der Bildfläche.

Rendsburg. Tod beim Spiel. Hier schossen mehrere 13jährige Knaben mit einem Tesching nach einem Ball. Als der Schüler Harder nach dem Ball griff, ging der Schuß los und die Kugel drang dem Knaben in den Rücken. Er konnte noch in die elterliche Wohnung laufen, brach aber dort zusammen und war gleich darauf tot. — Der sittenstrenge Magistrat. Hamburger Schauspieler wollten Schönherrs „Weibsteufel" aufführen. Der Magistrat hat das ernste Drama verboten, angeblich, weil es „anstößig wirke". Dafür gehen aber in Rendsburg ständig die seichtesten Operetten über die Bretter. Daran stößt sich die honette Gesellschaft nicht.

Heide in Holstein. Der Sturmlauf gegen die Zwangswirtschaft wurde am Sonntag auf Veranlassung des Verbandes der Arbeitsgemeinschaften der Westküste Schleswig-Holsteins in drei Versammlungen eingeleitet. Ein ganzes Dutzend Redner war aufgeboten. Die Entschließung, die angenommen wurde, interessiert allgemein. Zeigt sie doch, daß die Sucht nach unbedingter Ausbeutung auf allen Gebieten, auch auf dem des Wohnungswesens, ziemlich weit um sich gegriffen hat. Das schöne Schriftstück lautet:

„Die versammelten Bewohner der Westküste Schleswig-Holsteins treten mit aller Entschiedenheit für restlose Beseitigung der gesamten Zwangswirtschaft und Einführung völlig freier Wirtschaft ein. Die Freude am Schaffen und Erzeugen muß dem Landwirt wiedergegeben werden durch freie Verfügung über das Erzeugte! Die Haus- und Grundbesitzer müssen wieder existenzfähig gemacht werden, zum Segen des gesamten Bauhandwerks! Der produktive Handel muß sich wieder frei betätigen können, um das heute mehr denn je blühende Wucher- und Schiebertum ausschalten zu können. Das Lebensmittelgewerbe muß von unwürdiger Bevormundung befreit werden. Dem Verbraucher muß auf Grund freien Angebots die Möglichkeit gegeben werden, seine Lebensbedürfnisse zu befriedigen. (Woher nehmen und nicht stehlen? Red.) Unter der Zwangswirtschaft ist heute nur der Wucherer und Schieber der Anbietende, und der Erwerb der notwendigsten Lebensbedürfnisse ist nur unter Opferung übertrieben hoher Preise möglich! Die gesamte Zwangswirtschaft ist durchlöchert wie ein Sieb und längst unwirksam. Darum freie Wirtschaft auf allen Gebieten! 1. Die Milch- und Fettbewirtschaftung ist sofort freizugeben! 2. Die freie Bewirtschaftung des Brotgetreides ist sofort einzuleiten. Durch Vorsorge-Eindeckung in Getreide seitens der Regierung ist der Uebergang sicherzustellen. (Einführung des freien Handels 16. 8. 21.) 3. Die Hauseigentümer sind sofort von der willkürlichen Mietefestsetzung durch die Behörden zu befreien! Die Versammelten sind fest überzeugt, daß die völlig freie Wirtschaft unendlich viel mehr für die Ernährung unseres gesamten deutschen Volkes zu leisten imstande ist, als irgendeine Zwangsbewirtschaftung. Also fort mit der Zwangswirtschaft!

Grevesmühlen. Auf dem Bahnhof Grevesmühlen sind, wie „Das Freie Wort" berichtet, in letzter Zeit mancherlei bauliche Veränderungen vorgenommen worden. Zum Schluß wurde an der neuen „Retirade" auch der Name „Großherzogl. Eisenbahndirektion usw." angebracht, damit auch jeder Mensch weiß, wem das — Häuschen gehört. Selbst wenn das von der Eisenbahndirektion in Schwerin angeordnet wurde, hätte der Bahnhofsvorsteher wissen müssen, daß es eine Großherzogliche Eisenbahn nicht gibt, und auch der Anbringer des Namens hätte sich weigern sollen, diese Bezeichnung anzubringen.

Schwerin. Wahnsinnige Viehpreise. Im Berliner Zentralviehhof fand eine Stammbockauktion statt. Zum Verkauf wurden 104 Stammböcke vom Typ des deutschen Fleischwollschafes gestellt, die alle glatt verkauft wurden. Den höchsten Durchschnittspreis von 38600 Mk. erzielte die Mele-Stammherde Brook (Meckl.-Schw.), deren bester Bock den höchsten überhaupt bezahlten Preis von 70000 Mk. erzielte. Die zweite Stelle errang die Mele-Stammzucht Neuenkirchen (Pomm.) mit einem Durchschnittspreis von 37120 Mk. An dritter Stelle folgte die Dishley-Merinoherde Kirchstück (Meckl.-Schwer.) mit einem Durchschnittsergebnis von 32840 Mk.

Schwerin. Monarchistischer Vorstoß gegen Oberst Lange. Die monarchistische Fronde in Mecklenburg-Schwerin arbeitet mit Hochdruck und mit den schäbigsten Mitteln an dem Sturze des republikanischen Obersten Lange. Das Organ der kappistischen Hochverräter, die „Mecklenburgischen Nachrichten", gibt der staunenden Mitwelt kund und zu wissen: „Polizeioberst Lange zum Führer der Roten Armee erkoren". Kein Zweifel! Das muß wirken. Und was weiß das Blatt seinem Publikum zu erzählen? Es schnattert die Räubergeschichte nach, die der Deutschnationale Graef (Thüringen) in einem neugegründeten Berliner Sensationsblatt auftischt. Danach soll der „Aktionsausschuß der Roten Armee" in seiner Sitzung zu Berlin am 27. Dezember beschlossen haben, Oberst Lange und Major Müller-Brandenburg zu Führern der Roten Armee zu bestellen. Offenbar ist dieser Beschluß Spitzelarbeit, denn Oberst Lange erklärt auf Befragen, daß er von diesem Beschluß keine Ahnung habe. Der Beschluß ist ein erfundener Trick, an dem Oberst Lange zur Freude aller Kappisten gehenkt werden muß.

Lüneburg. Warnung an Heidewanderer. Zur Verhütung von Heide- und Waldbränden hat der Regierungspräsident in Lüneburg eine Verordnung erlassen, die das Anzünden von Feuer in Wäldern, in Mooren und Heiden und in einer Entfernung von weniger als 50 Kilometer hiervon verbietet, auch das Mitführen von Kochgeschirren außerhalb geschlossener Ortschaften untersagt. Widerrechtlich mitgeführte Kochgeschirre werden eingezogen. Gleichartige Verordnungen bestehen auch für andere Bezirke.

Sport am Sonntag.

(Verspätet eingetroffen.)

Gerätewetturnen in Kücknitz. Am Sonntag, dem 8. Mai, fand in Kücknitz das diesjährige Gerätewetturnen des 6. Bezirkes vom 3 Kreis des Arbeiter-Turn- und Sportbundes statt. Morgens 9 Uhr traten die Männer-, Jugend- und Frauenabteilungen an, um sich im friedlichen Wettkampf zu messen. Die erschienenen Zuschauer verfolgten mit großem Interesse die Uebungen, welche teils im Freien vor der Turnhalle, teils in derselben geturnt wurden. Von den durchweg guten Leistungen führen wir die besten jeder Stufe an: Oberstufe: 1. Josef Kendzierski-Kücknitz 112½ Punkte; 2. Johannes Jahnke-Lübeck (Abt. III, Marli) 108 Punkte; 3. Alfred Gröpper-Lübeck (Abt. I, Stadt) 99 Punkte; Mittelstufe: 1. Paul Elster-Lübeck (Abt. II, Holstentor) 98 Punkte; 2. Karl Rückriem-Kücknitz 94 Punkte; 3. Hermann Jakobs-Lübeck (Abt. II, Holstentor) 91 Punkte; Unterstufe: 1. Karl Johannesson-Lübeck (Abt. I, Stadt) 98½ Punkte; 2. Robert Klett-Lübeck (Abt. III, Marli) und Franz Bienert-Kücknitz mit je 93½ Punkten; 3. Karl Strunk-Lübeck (Abt. II, Holstentor) 91½ Punkte; 4. Walter Groth-Lübeck (Abt. I, Stadt) 87 Punkte; Frauenabteilung: 1. Leni Behrens-Lübeck 57½ Punkte; 2. Resi Frank-Lübeck 54½ Punkte; 3. Emmi Niemann-Lübeck 53½ Punkte; 4. Gertrud Goll-Kücknitz und Hertha Schramm-Lübeck mit je 52 Punkten. Auf die Pflichtübungen folgte ein kurzes Kürturnen, bei dem sehr gute Einzelleistungen gezeigt wurden. Nachmittags kamen die Fußball- und Turnspiele zu ihrem Recht. Der Tag wurde durch einen gemütlichen Ball, welchen die Kücknitzer Turngenossen veranstaltet hatten, beendet.

Verantwortlich: für Politik Dr. J. Leber; für die Rubrik Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei- und Gewerkschaftsbewegung August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

1761

Bekanntmachung.

Die gelben und blauen Brennstoffkarten erhalten mit dem 17. ds. Mts. Gültigkeit.

Es darf beliefert werden:

a) **blaue** Brennstoffkarte für Haushaltungen **ohne** Gaskochgelegenheit

Abschnitt 1—5 mit je 1 Ztr.
„ 6—8 „ „ 3 „

b) **gelbe** Brennstoffkarte für Haushaltungen **mit** Gaskochgelegenheit

Abschnitt 1—4 mit je 1 Ztr.
„ 5—7 „ „ 2 „

Die z. Zt. noch laufenden weißen und roten Brennstoffkarten verlieren mit dem 31. ds. Mts. ihre Gültigkeit.

Zentralheizungen, Ladengeschäfte, Bureaus und Kleingewerbebetriebenden können bis zu 80 % ihrer rationierten Zuteilungsmenge (75 % des Normalbedarfs) für den Winter bevorratet werden. Anträge auf eine solche Bevorratung sind durch denjenigen Kohlenhändler zu stellen, dem die Lieferung übertragen werden soll.

Aftermieter ohne selbstständigen Haushalt werden auf Antrag zu Anfang des Winters beliefert.

Lübeck, den 10. Mai 1921. (1754

Das Landesversorgungsamt,
Abteilung IV. Brennstoff.

Ausgabe von Nährmitteln für Kinder im 1. bis 4. Lebensjahre.

Vom Mittwoch, den 11. bis einschl. Sonnabend, den 14. Mai 1921 werden auf die Lebensmittelkarte, Abschnitt „Warenkarte" 352, für Kinder im ersten bis vierten Lebensjahre in der Zeit von 8½ bis 3 Uhr in der Kartenzentrale, Königstraße 69, Bezugsausweise für

2 Pfund Weizengrieß zum Preise von Mk. 1.90 für das Pfund,
1 Pfund Kindernahrung zum Preise von Mk. 4.80 für das Pfund,
2 Pakete Zwieback à ca. 125 gr zum Preise von Mk. 1.95 für das Paket,
2 Pakete Keks à ca. 125 gr zum Preise v. Mk. 1.80 für das Paket und
1 Paket ca. 250 gr Milchschokoladenspeise zum Preise von Mk. 3.— für das Paket

ausgegeben.

Lebensmittelkarte, sowie der Ausweis zum Bezuge von Lebensmitteln sind vorzulegen!

Wegen der nach Pfingsten beginnenden Neu-Ausgabe der Lebensmittelkarten an die Bevölkerung kann die Ausgabe von Bezugsausweisen nach Ablauf der oben angegebenen Zeit nicht mehr stattfinden.

Die nach dem 14. Mai geborenen Kinder erhalten bis zum 5. Juni 1921 obige Bezugsausweise gegen Vorzeigung des Geburtsausweises, der Lebensmittelkarte, sowie des Ausweises zum Bezuge von Lebensmitteln werktäglich während der Dienststunden in der Kartenzentrale, Königstraße 69.

Die vorstehend festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisgesetzes. Überschreitung der Höchstpreise wird auf Grund der Verordnung gegen Preistreiberei vom 8. Mai 1918 bestraft.

Lübeck, den 10. Mai 1921. (1763

Das Landesversorgungsamt.

Am 1. Pfingsttag (15. Mai) verkehrt ein Sonderzug von Lübeck nach Eutin mit Halt auf allen Zwischenstationen. Lübeck ab 10.00, Eutin an 10.56 vorm. (1782

Direktion der Eutin-Lübecker Eisenbahn-Gesellschaft.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zu unserer silbernen und grünen Hochzeit danken herzlich. (1789

G. Benthien und Frau, geb. Wollert.
E. Demuth und Frau, geb. Benthien.
Seeretz, im Mai 1921.

Für die herzlichen Glückwünsche und Geschenke zur Silberhochzeit danken herzlich.

C. Roß und Frau geb. Hardt.
Rensefeld. (1779

Nach langer, schwerer, in Geduld ertragener Krankheit entschlief am 9. Mai, nachmittags 8½ Uhr, unser lieber Sohn, Bruder und Enkel (1747

Adolf Gottlebsen.

In tiefer Trauer

A. Gottlebsen und Frau
geb. Möller.

Lübeck, den 10. Mai 1921.

Die Trauerfeier beginnt Freitag, den 13. Mai, nachmittags 2½ Uhr, in der Kapelle Vorwerker Friedhof.

Allen Verwandten und Bekannten, der Baubehörde, dem Deutschen Bauarbeiter-Verband für die Beteiligung und reichen Kranzspenden beim Heimgange unseres lieben Vaters und Großvaters, insbesondere Herrn Hauptpastor Reimyel für seine trostreichen Worte sagen hiermit innigen Dank. (1746

Familie Brott.

Nachruf.

Am 9. Mai verstarb nach langer schwerer Krankheit unser Kollege, der Mechaniker (1770

Adolf Gottlebsen.

Der Verstorbene war uns ein guter Kollege.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Die Arbeiterschaft des Drägerwerks.

Älteres Schulmädchen zum Ausfahren eines Kindes ges. 1785) Dankwartsgrube 21 I.

M. 2-Z.-W. Mühlent. g. 3-Z. z. tausch. Ang. u. L. W. a. d. E.

Gutes H.-Fahrrad zu verk. 1791) Mühlenstr. 25 IV.

Zu verk. g. erh. dunkler Anz. f. schl. Perf. (1766 Kronsforder Allee 103.

Kleider u. Mantel f. 2—4-jähr. zu verkaufen. 1794) Dornbreite 10a.

Neuer Zivilanzug u. Mantel fester Preis 500 Mk. (1767 Alfstraße 38 I.

Grude u. Garderobenst. z. vk. 748) Arnimstr. 31 a. pt. l.

Z. verk. e. w. Marinekl., 2 Kinderhüte (Borde) 8—10 J. 1750) Engelsgrube 43/6.

Ein gr. Zugänger zu verk. 1780) Kücknitz, Kolonie 50.

3 Satz Ferkel zu verkaufen. 1790) **J. Kläwer,** Schwartauer Allee 133.

H.-Fahrrad m. od. ohne Gu. u. Preisang. zu kaufen ges. Ang. u. W. K. an d. Exp. (1764

Z. k. ges. schw. Kostümrock, gr. Figur. Ang. u. SSch a. d. Exp.

Gastwirtschaft

zu pachten oder auch m. Grundstück z. kauf. ges. Gefl. Ang. u. G. A. a. d. Exp. d. Bl. (1752

Stiller

Zum Pfingstfest

empfehlen wir neu eingetroffene

braune Schuhwaren.

Erstklassige, preiswerte Qualitäten
in bester Verarbeitung, streng modernen Formen.

Stets großes Lager sonstiger Fußbekleidung
für
Gesellschaft, Straße, Strand und Sport.

Lübeck:
Breite Straße 71.

1787

Lackschuhe, 36, wie neu, z. vk. 1776) Schwart. Allee 37, I. l.

Zu verk. 2 D.-Kost., grau u. schw. (1777) Wahmstr. 71.

Gutes Fahrrad zu verkauf. 1771) Percevalstr. 24.

Kachelofen zu verkaufen. 1772) Effengrube 14/8.

Meine

Reklame-Anzüge

kosten (1783

495.—, 595.— Mk.

Ferner 1 Posten zurückgesetzte **Anzüge** jetzt 350, **250**

Herren-Filzhüte Ia. Qualität z. Aussuchen **39.50**

Kinder-Röckchen, schwarz und braun, mit Wollrand Gr. 2—10 . . . . . Paar **3.95**

Gummi-Hosenträger m. Led. 15 —, **12.50**

Alle vorhandenen Stiefel u. Schuhwaren wegen Aufgabe sehr billig.

Johannes Holst,

Lübeck.

Markt 6. Kohlmarkt 6.

Färbe zu Hause

nur mit

Heitmann's Farben
Marke „Fuchskopf im Stern"
Einfach·Praktisch·Billig!

Erhältlich in allen einschlägigen Geschäften.
Vertretung u. Lager: E. R. Schultz, Lübeck, Engelsgrube 24. (1769

Elegante u. Einfache **Herren-, Schlaf-, Wohn- u. Speisezimmer, Kleinmöbel u. Kücheneinrichtungen,** Spezialität **Korbmöbel**

Solide Arbeit. Billige Preise. Prompte Lieferung.

Möbelhaus de Buhr

Lübeck, Fischstraße 21. (1755) **Teleph. 3278. 2368.**

Fledermaus

Kommen — Sehen — Staunen.

Olga Desmond

tanzt noch
bis Sonntag, den 15. Mai.

Anfang 8,30 Uhr. (1762

Futter zur Vormaschine am Kanal verloren. Abzug. bei Schmilt, Augustenstr. 28, pt. od. b. Fährm. Steffen. (1792

U. S. P. D.

Ortsgruppe Lübeck.

Parteibureau:
Sprechzeit 5—7 Uhr nachm.
im Gewerkschaftshaus
Johannisstraße 50/52.

Neuaufnahmen und Ummeldung dortselbst. (1774

Rheuma, Gicht,
Ischias, Gliederreißen, Neuralgie (Nervenschmerzen).
Kostenlos teile ich gerne mit, wie tausende Patienten durch ein einfaches Mittel in kurzer Zeit Heilung fanden.
Krankenschwester Agnes, Wiesbaden O. 235. (1775

Möbel,
Polsterwaren, Spiegel, Herren-Anzüge auf
Teilzahlung.
Nesten, Holstenstraße 17, I. (1793

Friseuse
obuliert u. manikürt gut und billig.
Burgfeld, Bar. 2, gegenüb. d. Adolfstr. **Elise Wilms.** 1784

Männer- u. Jünglings-Hemden
(Restbestand)
bedeutend billiger.
Franz Wehrendt,
Balauerfohr 35. (1781

Arbeiter-Sportfest.

Am **Freitag, dem 13. Mai, abends 7½ Uhr,** findet bei **Friedr. Lender, Hundestraße,** die

Festausschußsitzung

statt. Die gewählten Genossinnen und Genossen werden gebeten, zu erscheinen. (1773

Der Vorstand des Arb.-Sportkartell.

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.

Ortsgruppe Schlutup.

Mitglieder-Versammlung

Donnerstag, d. 12. Mai, abends 8 Uhr im Lokale Gasthof „Zur Linde".

Tagesordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. **Vortrag** des Genossen **Schermer** „Die Schulreform in Lübeck".
3. Abrechnung von der Maifeier.
4. Innere Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwartet (1751

Der Vorstand.

Eimerbier
Donnerstag von 4—6 Uhr.
1788) **Hermann Stamer.**

D. T. V.

Vorstandssitzung

Donnerstag, den 12. Mai, abends 7 Uhr,
1786) **im Bureau.**

Kameradschaft 1914/18.

Am **Mittwoch, 11. 5. 21,** abends 8 Uhr findet für die Mitglieder des Vereins in der **Stadthalle** ein

Bierabend

statt. (1758

Der Vorstand.

Konzerthaus Lübeck.

Jeden Sonntag: Ball.

Für **Sommer-Feste** ist der gänzl. renovierte **Garten** mit neuem Inventar noch einige Tage frei. (1759

Heinz Cyriacks.

Achtung! Jungsozialisten

Donnerstag, d. 12. Mai

Vortrag

des Genossen **Weiß** über:

„Klassenkampf und Sozialdemokratie".

Anfang 7 Uhr im Gewerkschaftssekretariat.

Das Erscheinen eines jeden ist Ehrenpflicht. (1778

Der Arbeitsausschuß.
J. A.: H. Haase.

Stadthallen-Lichtspiele

Nur noch 2 Tage:

!! Auf vielseitigen Wunsch !!

Die Lieblingsfrau des Maharadscha.

I. und II. Teil.
Mit **Gunnar Tolneas.**

Voranzeige!

Ab Freitag, den 13. Mai:

Die Lieblingsfrau des Maharadscha.

III. Teil. (1769

Hansa-Theater

Heute Mittwoch:
Großer Entscheidungskampf
Bahn-Samson gegen **Westergaard-Schmidt**
außerdem
Scharuchin gegen **Sander**
Wehram gegen **Stromski**
und (1799
Herausforderungs-Boxkampf
Benkert gegen **Edelmann.**

Adlershorst. Jeden Donnerstag: Ball 1768

Stadttheater Lübeck.

Mittwoch. Bchst. B u. 19. Vorst. im Opern-Ab. **Der Wildschütz.** 7.30.
Donnerstag. Bchst. B u. 19. Vorstell. im Schausp.-Ab. **Helden.** 7.30.
Freitag. Buchst. B u. 19. Vorst. im Opern-Ab. **Der fliegende Holländer.** 7.30.
Sonnabend. Buchst. B u. 19. Vorstell. im Schausp.-Ab. **Helden.** 7.30. (1768

Kammerspiele.

Fünfhausen.
Mittwoch. **Jugend.** 7.30.
Freitag. **Casanovas Sohn.** 7.30 Uhr.

Marmorsaal.

Donnerstag, 6.30. **Vortrag** mit musikalischen Erläuterungen zu „Elektra" von Kapellmeister Mannstädt. Einheitspreis 2.— Mk.

Beilage zu Nr. 108
28. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Mittwoch, den 11. Mai 1921

Wiedergutmachung durch Weltpapiergeld.

Von Dr. Karl Landauer, München.

Der bekannte Wirtschaftspolitiker Professor Bonn stellt im „Berliner Tageblatt" einen Gedanken zur Diskussion, der zum mindesten in dieser Form neu ist und sicherlich die lebhafteste Aufmerksamkeit verdient. Bonn schlägt vor, es solle ein Weltpapiergeld geschaffen werden, das aber die nationalen Papiergeldsysteme nicht etwa zu ersetzen hätte, sondern neben ihnen bestehen würde. Der Gesamtbetrag des ausgegebenen Papiergeldes soll den Wiedergutmachungsgläubigern Deutschlands, in erster Linie also Frankreich, übergeben werden. Alle Regierungen sollen sich für ihre Staatskassen und Zentralnotenbanken verpflichten, dieses Papiergeld als Zahlungsmittel anzunehmen. Deutschland soll als Wiedergutmachungsleistung die Verpflichtung übernehmen, alljährlich einen bestimmten Betrag dieses Papiergeldes in Gold einzulösen. Selbstverständlich müßte die umlaufende Menge der Noten im Einklang mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands bestimmt werden, so daß die regelmäßige Einlösung gewährleistet erscheinen würde. Diese Lösung der Reparationsfrage, die übrigens, wie Bonn mit Recht sagt, auch als Teillösung denkbar wäre im Zusammenhang mit einem teilweisen Wiederaufbau Nordfrankreichs durch deutsche Arbeitskräfte (wobei natürlich die Notensumme entsprechend niedriger angesetzt werden müßte, damit nicht die Gesamtleistung die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands übersteigt), hätte eine Reihe sehr bedeutender Vorteile: Frankreich würde sofort eine große Menge flüssigen Kapitals erhalten; wie sie sonst nur durch eine internationale Anleihe zu beschaffen wäre; Deutschland dagegen hätte wesentlich niedrigere Jahreszahlungen aufzubringen, weil beim Weltpapiergeld — im Gegensatz zur internationalen Anleihe — keine Zinsen zu leisten sind, sondern die ganzen Jahressummen der Rückzahlung zugute kommen können. Nach der Berechnung Bonns hätte Deutschland, damit Frankreich 50 Milliarden erhalten kann, bei Aufbringung durch Papiergeldausgabe (wenn die Noten innerhalb von 30 Jahren eingelöst werden sollen) jährlich 1,67 Milliarden Goldmark zu leisten, während die Pariser Beschlüsse bekanntlich für den gleichen Betrag jährliche Zahlungen von zwei Milliarden ansteigend bis sechs Milliarden vorsehen.

In einem Punkt allerdings dürfte das Bonnsche Projekt zu zaghaft sein. Bonn steht nämlich vor, daß dieses Papiergeld nur zwischen den Staatskassen und Zentralnotenbanken in Umlauf gesetzt werden, nicht aber unmittelbar dem öffentlichen Verkehr dienen soll. Allerdings rechnet er damit, daß die internationalen Noten als Unterlage für die Ausgabe von Banknoten der nationalen Papiergeldsysteme dienen könnten. Wie die Reichsbank beispielsweise Gold und Reichskassenscheine als Deckung behält und dafür Reichsbanknoten in Verkehr setzt, so sollen auf Grundlage dieser internationalen Goldzertifikate, französische, englische, amerikanische Banknoten ausgegeben werden können, deren Einlösung dann durch die internationalen Scheine gesichert wäre, die ihrerseits wiederum den Rückhalt in der deutschen Einlösungsverpflichtung hätten. Dieser Umweg über die Ausgabe nationaler Noten erscheint überflüssig und beraubt das Weltpapiergeld eines wesentlichen Vorzugs. Denn der Gedanke internationaler Geldzeichen hat ja, ganz abgesehen vom Reparationsproblem, eine große Bedeutung. Er ist schon vor dem Kriege aufgetaucht; bei der damaligen Stabilität der Währungen war man freilich mit Recht der Meinung, daß nach einem Weltgeld kein Bedürfnis bestehe. Wenn damals ein deutscher Fabrikant einem Franzosen eine Ware gegen Zahlung in drei Monaten lieferte, dann konnte er sich ohne weiteres ausrechnen, wieviel diese Frankenzahlung in Mark ausmachen werde. Heute dagegen ist mit jedem derartigen Geschäfte eine Valutaspekulation verbunden; je nachdem in drei Monaten der Frank zur Mark steht, ergibt sich ein Riesengewinn oder ein Verlust. Man sucht heute schon durch allerlei Notbehelfe das Risiko zu mindern, z. B. durch Verkauf gegen amerikanische Valuta, oder durch Deckungsgeschäfte. Für Industrie und Handel — natürlich nicht für die Spekulanten — wäre es eine wahre Erlösung, wenn ein Geld mit internationaler, stabiler Zahlungskraft geschaffen wäre. Gewiß wäre damit nicht das ganze Valutarisiko beseitigt, da z. B. für den deutschen Fabrikanten der jeweilige Stand der deutschen Mark zu diesem internationalen Geld bedeutsam bliebe, aber man hätte dann wenigstens auf einer Seite einen stabilen Faktor und damit eine wesentliche Verminderung der Unsicherheit, die heute den internationalen Warenverkehr so sehr hemmt.

Nun wird sicherlich gegen den ganzen Plan eingewendet werden: Wir haben doch heute auf der Welt schon viel zu viel Papiergeld, und dieser Vorschlag läuft darauf hinaus, die Papiergeldflut noch zu vermehren, indem man den Noten der einzelnen Staaten und Staatsbanken noch internationale Noten hinzufügt. Es wird die Befürchtung auftauchen, daß dieses internationale Papiergeld die ungünstigen Wirkungen der allgemeinen Papiergeldwirtschaft noch steigern, insbesondere die Warenpreise auf der ganzen Welt noch weiter in die Höhe treiben werde, so daß die Lage der Konsumenten überall eine weitere Verschlechterung erfährt. Tatsächlich würde die Ausgabe internationaler Noten im Betrage der Reparationsleistung eine sehr fühlbare Vermehrung des Papiergeldumlaufs der Welt mit sich bringen; bei einer Wiedergutmachungsschuld von 50 Milliarden Friedensmark würde sie ungefähr gerade so wirken, als wenn sämtliche europäische Staaten ihren Banknotenumlauf verdoppeln würden. Aber wer daraus ein entscheidendes Bedenken herleiten will, hat sich noch nicht klargemacht, daß jede große Wiedergutmachungsleistung Deutschlands, in welcher Form sie auch geschehen mag, tiefgreifende Rückwirkungen ungünstiger Art auf die Lage der Weltwirtschaft haben muß. Würde Deutschland durch hohe Jahreszahlungen — sei es für den Zinsendienst einer internationalen Anleihe, sei es für Leistungen nach dem Schema der Pariser Forderungen — zu einer Schleuderausfuhr gezwungen, dann hätten die Produzenten, die Arbeiter und die Unternehmer der ganzen Welt darunter zu leiden; demgegenüber erscheint die Wirkung der Papiergeldvermehrung erträglicher, weil die Welt außerhalb der mitteleuropäischen Länder sicherlich nicht unter hohen, sondern weit eher unter niedrigen Preisen und dadurch hervorgerufener Absatzstockung und Arbeitslosigkeit leidet. Der Hinzutritt internationalen Papiergeldes würde eine aufsteigende Preisbewegung zur Folge haben, was in manchen Ländern, die heute so überaus schwer unter der Wirtschaftskrise leiden, wahrscheinlich sogar als Erleichterung empfunden würde, jedenfalls aber als ein weit geringeres Uebel, als wenn der ohnehin so überaus schlechte Absatz durch eine deutsche Schleuderkonkurrenz noch weiter verschlechtert würde.

Will man alle weltwirtschaftlich ungünstigen Rückwirkungen der Wiedergutmachung vermeiden, dann muß man auf alle Uebertragung von Geldvermögen aus Deutschland an die Alliierten verzichten und die Reparation ausschließlich in der Form durchführen, daß Deutschland mit eigenen Arbeitskräften und eigenem Material Nordfrankreich aufbaut. Deutschland hat sich wiederholt zu dieser natürlichsten Form der Wiedergutmachung bereit erklärt. Solange aber politische Rücksichten es verhindern, daß diese Lösung als alleinige gewählt wird, erscheint der Gedanke der Wiedergutmachung durch internationales Papiergeld als der verhältnismäßig günstigste Weg, nicht bloß vom deutschen Standpunkt aus, sondern auch vom Standpunkt der Alliierten und der Weltwirtschaft.

Kommunistischer Nationalismus.

Die „Rote Fahne", die stets doppelzüngig wird, sobald sie sich an Polizei oder Soldaten wendet, bringt in ihrer Montag-Abendausgabe folgenden seltsamen Aufruf:

Krieg! Mobilisierung! — Soldaten!

Die Regierung will die Reichswehrsoldaten gegen den oberschlesischen Aufruhr mobilisieren.

Die Regierung heuchelt, daß die Reichswehrsoldaten die deutsche Nation, das deutsche Vaterland verteidigen müssen. Die Wahrheit ist die, daß die Reichswehrsoldaten die Interessen der deutschjüdischen Grubenbesitzer und „christlichen" Junker verteidigen sollen.

Die Reichswehrsoldaten sind Söhne deutscher Bauern, Landarbeiter und Arbeiter. Die Aufständischen in Oberschlesien sind deutsche und polnische Bauern, Arbeiter und Landarbeiter.

Warum sollen die Söhne deutscher Bauern, Landarbeiter und Arbeiter die Aufruhrbewegung von deutschen und polnischen Bauern- und Arbeitermassen niederschlagen?

Reichswehrsoldaten! Der Krieg, den die Regierung jetzt plant, ist nicht ein Krieg der deutschen Nation, geht nicht ums deutsche Vaterland. Es ist ein Krieg der Kapitalisten, Generäle und Junker.

Reichswehrsoldaten! Wollt ihr für deutschjüdische Kapitalisten, „christliche" Junker und menschenschindende Generäle kämpfen?

Fortwährend redet dieser Aufruf von Vaterland und Nation in dem Sinne, daß dies Güter sind, für die man als Soldat wohl kämpfen dürfe. Man braucht aber nur von der zweiten Seite der „Roten Fahne", auf der dieser Aufruf prangt, zur dritten überzugehen, um folgenden Satz zu finden.

Und dies ist der einzige Weg: **Nieder mit allen bürgerlichen Vaterländern!** Höher als sie steht die Revolution.

Deutlicher konnte wohl die „Rote Fahne" ihre eigene Heuchelei nicht illustrieren. Aber noch eins fällt uns auf: Als vor einigen Wochen im Preußischen Landtag ein sozialdemokratischer Redner einen harmlosen Witz über den kommunistischen Abgeordneten und Redakteur der „Roten Fahne" Werner Scholem machte, da tobte die „Rote Fahne" tagelang über „sozialistischen Antisemitismus". Herr Scholem selbst aber scheint neuerdings in diesem Punkt anders zu denken. Er versteht es wenigstens sehr gut, in der „Roten Fahne" die antisemitischen Instinkte der Reichswehrsoldaten aufzustacheln, wie sein mehrfacher Hinweis auf deutschjüdische Kapitalisten" zeigt. Doch, Bauer, das ist ganz was anderes. . . . .

Untersuchung der Märzunruhen.

Der vom Preußischen Landtag eingesetzte Ausschuß zur Untersuchung der Märzunruhen hielt am Montag nachmittag eine Sitzung ab zwecks Entgegennahme des Berichts der Regierung, der vom Staatskommissar für die öffentliche Ordnung Dr. Weismann und Regierungsrat Dr. Abegg erstattet wurde. Die beiden Regierungsvertreter gaben eine kurze Uebersicht über Ursachen und Verlauf des Märzaufstandes. Aus den Ausführungen Dr. Weismanns ist hervorzuheben, daß eine organisierte Rote Armee weder in Mitteldeutschland noch sonstwo existiert. Das hat der Verlauf der Märzunruhen deutlich ergeben, die nirgends zum Auftreten einer solchen Armee, sondern nur zur Bildung einzelner Banden geführt haben. Staatskommissar Weismann unterstrich ferner, daß die Mitte März in einer Sitzung zu Merseburg beschlossene Polizeiaktion nicht die Vereitelung irgendwelcher politischen Pläne der Kommunisten zum Ziel hatte, sondern sich tatsächlich gegen die Zunahme des Verbrechertums richtete, das allein im Leuna-Werk durch systematischen Diebstahl einen

Schaden von drei Millionen Mark

verursacht hat. Die Werksverwaltung wurde sogar durch Streik

Das große Tor.

Roman von Wilhelm Cremer.

17. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

7

In einer billigen Bakery aß er etwas Rührei und trank eine Tasse Kaffee, denn er war noch nüchtern. Die Wirtin war, wie die meisten Bäckerfrauen, eine Deutsche und rief in ihrem schwäbischen Dialekt ihre Aufträge in die Küche hinaus. Ihre Sprache und ihr frisches, gesundes Wesen heimelten Wittkamp an, und der heiße Kaffee tat ihm wohl. Es kam eine ganz andere Stimmung über ihn. Warum machte er sich eigentlich solche Gedanken? Er hatte ja noch Geld und konnte schließlich im Notfalle die Stadt und sogar das Land wieder verlassen. Martha würde ihm schon folgen, wenn er fest und bestimmt auftrat. Irgend eine Veränderung mußte ja sowieso kommen.

Er bezahlte und verließ die Bakery, um fast gut gelaunt die Bowery hinunterzuschleudern, diese interessanteste Straße Neuyorks. Einst, zu der Zeit, die Dickens noch beschrieben hat, war sie die Hohe Straße der Verbrecher und wurde von dem schlimmsten Gesindel beherrscht. Jetzt ist sie der Torweg, der Gateway der Einwanderer, der Juden und Italiener, die rechts und links ihre Kolonien haben. Von Norden her sind große Geschäftshäuser eingedrungen und haben an die Stelle der Verbrecherkneipen ihre prunkenden Läden gesetzt. Aber dazwischen gibt es überall noch die alten zerfallenen Häuser mit den billigen und unsäglich schmutzigen Speisewirtschaften, und neben großen Spezialitätentheatern locken anrüchige Lokale mit zweifelhaften Lichtbildervorführungen oder Tingeltangel schlimmster Art. Und Hotels, die nichts anderes sind als offenbare Bordelle, liegen neben Lodginghäusern allerniedrigster Sorte, die den menschlichen Auswurf, das Verbrechen und das Elend in jeder Gestalt für wenige Cent beherbergen.

Doch sind die Zeiten, in denen es gefährlich war, über die Bowery zu gehen, vorbei. Heute flutet ein ungeheurer Verkehr durch diese breite Straße. Fuhrwerke aller Art rattern dahin, die Trambahn gleitet über die Schienen, und hoch über den Köpfen sausen mit ohrenbetäubendem Gerassel die Züge der Hochbahn vorüber. Alle Sprachen der Welt hört man auf der Bowery, Englisch vielleicht noch am wenigsten. Denn die Einwanderer beherrschen hier das Feld, und die Kolonien der verschiedensten Völker drängen sich hier dicht zusammen.

Wittkamp trank in einem Salon ein Glas Bier. Aus dem Hinterzimmer hörte er lauter Singen und Gröhlen und das Kreischen betrunkener Frauenzimmer hervordringen. Es waren Dirnen, verbrauchte, armselige Geschöpfe, die dort mit ihren Zuhältern die Abenteuer der letzten Nacht fortsetzten und ihr überflüssiges Geld vertranken und verspielten.

Im vorderen Raum an der Bar standen ein paar verkommene Gestalten, notdürftig mit zerfetzten Lumpen bekleidet. Der eine hatte bei einer Schlägerei, vielleicht auch durch eine Krankheit, ein Auge verloren. Ein anderer blutete im Gesicht von einer frischen Hiebwunde. Aber kein Mensch achtete darauf, der Barkeeper hinterm Schanktisch und die Gäste im Lokal waren offenbar an solche Erscheinungen gewöhnt.

Wittkamp blieb nicht lange in dem Lokal, obgleich ihn ein Gemisch von Grausen und Neugierde zum Verweilen reizte. Aber im Hinterzimmer brach jetzt ein Streit aus. Gläser wurden zu Boden geworfen, man hörte einen schweren Fall und den lauten Schrei eines Frauenzimmers. Wittkamp fürchtete, in irgend etwas verwickelt zu werden, und ging schnell hinaus.

Er war schon einmal des Abends nach elf mit einem Kollegen aus dem Hotel durch diesen Stadtteil gekommen. Er war ihm in der Nacht wie ein Teil eines ungeheuren Ameisenhaufens vorgekommen, dessen Bewohner in unzählbaren Scharen, durch irgendetwas aufgestört, aus der Tiefe hervorbrachen. Aber hier war es die unerträgliche Hitze, die die Menschen aus ihren engen, schwülen Wohnungen herausjagte.

Diese Leute schliefen ja im Sommer draußen auf ihren Handkarren, auf denen sie am Tage Handel trieben, oder in den Hausfluren und auf den steinernen Treppen, die in die Kellerläden führten. Und überall auf den Traillenbalkons lagen Matratzen, bedeckt mit Menschen, die hier die Nacht zubrachten.

Bis in die inneren luft- und lichtlosen Wohnräume der Tenementshäuser drang ja niemals ein frischer Windhauch. Dort drinnen lag wochen- und monatelang derselbe morastschwere, giftige Dunst, der die Entwachsenen entnervte und langsam dahinstechen ließ, der die Kinder zu Tausenden tötete.

Wittkamp erinnerte sich noch deutlich dieses unangenehmen, ranzigen Speisegeruchs, der trotz der späten Abendstunde auf der Straße lag. Er sah noch den Trubel der tausende Menschen, die bei der Hitze nicht schlafen konnten. Sie füllten die Salons und johlten und schwärmten hinaus nach dem grünen Rasen von Mulberry Bend, diesem großen Luft- und Lichtloch, das man in das finsterste Häuserdickicht geschlagen hat. Eine wahre Hölle von zusammenbrechenden, unendlich schmutzigen Häusern mußte man hier vernichten, Mietskasernen, in denen nur noch die allertiefste Armut, die verkommenste Prostitution und das schlimmste Verbrechen beieinander hausten, um an die Stelle einen großen Park zu setzen mit Kinderspielplätzen und unzähligen Bäumen.

Verschwunden sind jetzt die Verbrecherkneipen, in die selbst die Polizei sich nur in großer Zahl und mit vorgehaltenen Revolvern hineinwagte, und die Gegend von Five Points, die eine so blutige Geschichte hat, hat ihre Schrecken verloren. Aber was nicht auslöschen konnte, das ist die Armut und das Elend selbst, die nur eine andere Form angenommen haben, die nicht mehr von Irländern, Deutschen oder Neuyorkern getragen werden, sondern von bedürfnislosen und willensschwachen Halbwilden aus Süditalien, von armseligen Sklaven, die mit jedem Loch zufrieden sind, die trotz der aufreibenden Arbeit noch die fleischlose und unzureichende Kost ihrer Heimat beibehalten, deren Kinder wie die Katzen sich die weggeworfenen Fleischreste aus den Abfallkästen wühlen.

Hier im Norden von Mulberry Bend hört man von Erwachsenen selten etwas anderes als die harten Kehllaute des Italienischen, nur die Kinder sprechen wie in allen Einwanderervierteln amerikanisch. Es gibt ja keine Muttersprache in dieser Stadt, und nicht die Eltern erziehen die Kinder, die Straße tut es. Die Straße ist die Heimat dieser kleinen verwahrlosten Kreaturen, die eine unheimliche, frühreife Intelligenz zeigen und gar bald Vater und Mutter als dumme, beschränkte Ausländer verachten.

Diese Kinder haben das Laster gekannt, ehe sie auf die Schule kamen. Sie sind noch unschuldig, und haben doch schon alle Scheu vor Verbrechen und Verbrechern verloren. Die Straße hat sie gezeichnet, die Straße besitzt sie und läßt sie nicht wieder los. Früh lernt der kleine Straßennomade das Trinken kennen und der Verkehr mit Prostituierten. Er beteiligt sich an Verbrechen und Ausschreitungen, bis er ein vollwertiges Mitglied jener großen Armee von Berufsverbrechern geworden ist, deren Zahl jeder Anstrengung sozialer, religiöser und strafrechtlicher Quacksalber spottet.

Der Kellner, der mit Wittkamp in der Nacht durch diesen Stadtteil gegangen war, hatte ihm viel von der Armut und dem Sklavenleben dieser Einwanderer erzählt. Wie Herden wurden sie von Agenten angeworben, über das Meer verschickt und hier in Neuyork weiter verkauft. Es gab trotz aller Gesetze feste Preise für dieses menschliche Arbeitsvieh, das sein ganzes Leben lang nicht aus der Gewalt des Padrone herauskam.

Wittkamp hörte noch die boshaft höhnischen Worte des brustkranken, verbitterten Mannes, der studiert hatte und in Deutschland Journalist gewesen war, der jetzt mit dem letzten Rest seiner Spannkraft für seine Frau und sein kleines Kind arbeitete. Er mochte wohl selber fühlen, daß es nicht mehr lange so weiter gehen konnte, und ätzende, hoffnungslose Bitterkeit lag in allem, was er sagte.

(Fortsetzung folgt.)

gezwungen, die zur Bekämpfung der Diebstähle eingerichtete Torkontrolle wieder aufzuheben. Nur gegen solchen und ähnlichen Terror sollte die Aktion Hörsings sich richten. — Ministerialrat Dr. Abegg setzte auseinander, warum eine stärkere Verschiebung von Schutzpolizeit in das Aufstandsgebiet nicht möglich war. Der Einsatz von Reichswehr hätte die

Bandenbildung nicht mit Sicherheit verhindern

können. Die Nichteinsetzung der Reichswehr ist übrigens in gemeinsamer Sitzung mit der Reichsregierung von dieser ziemlich einstimmig beschlossen worden.

An diese Vorträge schloß sich eine lange Aussprache, die namentlich den Umfang der vorzunehmenden Beweiserhebung betraf. Von Vertretern der Rechtsparteien wurden die weitestgehenden und mannigfaltigsten Beweisanträge, zum Teil auch über Fragen gestellt, die nur lose mit dem Aufruhr zusammenhängen. Schließlich einigte sich der Ausschuß dahin, daß die beiden Berichterstatter Dr. v. Dryander (Dnat.) und Dr. Liebknecht (U.Soz.) das gesamte Aktenmaterial prüfen und alsdann dem Ausschuß weitere Vorschläge unterbreiten sollen.

Aus der Partei.

Erfreuliche Berichte. Die Parteiorganisationen in Chemnitz und Frankfurt a. M. veröffentlichten dieser Tage ihre Berichte über das Geschäftsjahr 1920/21. Beide Organisationen erfreuen sich eines starken Aufschwunges. Unsere Frankfurter Genossen haben im letzten Jahre einen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen, der der größte seit dem Bestehen des Vereins ist. Die Mitgliederzahl stieg um 2331 auf 13 812. Damit ist die Mitgliederzahl vom Jahre 1914 um 2500 überflügelt. — Auch unsere Chemnitzer Organisation hat sich prächtig entwickelt. Sie zählt fast 17 000 Mitglieder, von denen 6185 im Berichtsjahre neu gewonnen wurden. Ebenso ist der Abonnentenstand der „Volksstimme" um 4000 gestiegen. — Große Erfolge bei der Werbeaktion für die Presse kann unser Parteiblatt in Halle a. d. S., die „Volksstimme" für sich buchen. Mitte April setzte die Agitation ein und jetzt bereits kann von einem gewaltigen Zustrom gemeldet werden. Gerade in jenem Bezirk, wo der kommunistische Putsch am unsinnigsten tobte, in Mansfeld-Sangerhausen sind die besten Erfolge zu verzeichnen. Angewidert von dem die gesamte Arbeiterbewegung schädigenden Treiben der verbrecherischen Putschisten sind die ernüchterten Arbeiter in Scharen zu unserer Partei zurückgekehrt. Zahlreiche neue Ortsvereine konnten gegründet werden. Die „Volksstimme" hat in jenem Bezirk über 2000 neue Leser gewonnen. In einzelnen Orten ist die Abonnentenzahl um das Fünf- bis Zehnfache gestiegen. Auch in anderen Bezirken konnten ähnliche Fortschritte erzielt werden, so daß die Gesamtzahl der neuen Leser sich weit über 3000 beläuft.

Gewerkschaftsbewegung.

Das tarifvertragstreue Reichspostministerium. Der Zentralverband der Angestellten schreibt: Nach dem Teiltarifvertrag für die Angestellten bei den Reichs- und den preußischen Staatsverwaltungen ist für jeden Angestellten das Vergütungsdienstalter im Einvernehmen mit der gesetzlichen Angestelltenvertretung festzusetzen. § 9 desselben spricht aus, daß dem Angestellten von der Festsetzung des Vergütungsdienstalters eine schriftliche Benachrichtigung zu erteilen ist. Das Reichspostministerium erläßt jetzt einseitig eine Verfügung, nach welcher die bisher erfolgte Festsetzung nachzuprüfen ist. Obwohl also den Angestellten bereits früher die Berechnung ihres Vergütungsdienstalters bescheinigt worden ist, will man diese Festsetzung jetzt einseitig aufheben. Das Postministerium ist in der Auslegung von Tarifverträgen immer sehr weitherzig gewesen. Sein ganze Bestreben war darauf gerichtet, die Bestimmungen des Tarifvertrages zuungunsten der Angestellten anzuwenden. Auch dem Postministerium wird klar zu machen sein, daß Tarifverträge eingehalten werden müssen.

Aus aller Welt.

Bankbeamte als Hochstapler. Zwei Bankbetrüger haben eine viertel Million Mark bei einer Berliner Großbank erbeutet. Bei einer Zweigstelle der Bank war ein gewisser Walter Häßler angestellt, der dort die Bekanntschaft eines Bankbeamten Pscheidel gemacht hatte. Dieser gab den Anstoß zu den Betrügereien. Pscheidel, der sich in der Haberlandstraße für 450 Mark Monatsmiete eine größere Wohnung nahm, trat seitdem unter dem Namen „Theodor Freiherr v. Sydlitz" auf und legte unter diesem Namen bei der Großbank ein kleines Konto an. Dieses Konto erreichte durch Fälschungen, die Häßler besorgte, bald eine stattliche Höhe, ohne daß auch nur ein Pfennig wirklich eingezahlt wurde. Mit gefälschten Schecks hob dann „Freiherr v. Sydlitz" nach und nach in größeren Posten eine viertel Million Mark ab.

Verschwundene Juwelen. Der auf mehrere Millionen bewertete Schmuck der Prinzessin Elisabeth Liechtenstein ist im Gebäude der Wiener ungarischen Gesandtschaft, wo er in Verwahrung war, auf rätselhafte Weise verschwunden. Der Schmuck war mit Bewilligung der österreichischen Behörde durch einen Kurier der ungarischen Gesandtschaft nach München gebracht worden, wo ihn die Prinzessin Liechtenstein bei einer Hochzeit anlegte, und gelangte am 19. April auf gleichem Wege nach Wien zurück, wo er bei der ungarischen Gesandtschaft hinterlegt blieb.

Der sechsfache Mörder Friedrich Schumann, der sechsmal zum Tode verurteilt worden war, ist Dienstag früh in Moabit durch den Scharfrichter Schwiez aus Breslau hingerichtet worden.

Verurteilung eines Kommunistenführers. Der Artist Joseph Klingbeil aus Nebra, einer der Rädelsführer des Eislebener Aufruhrs wurde vom Sondergericht in Naumburg wegen vollendeten Hochverrats zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

Niedergebranntes Dorf. Nach einer Königsberger Meldung ist das Dorf Prust bei Tilsit durch eine Feuersbrunst bis auf zwei Häuser eingeäschert. Eine große Anzahl von Vieh ist verbrannt. Die obdachlosen Familien sind in den benachbarten Scheunen und Ställen untergebracht worden.

Zuchthausstrafe wegen gefälschter Lebensversicherungen. Das Schwurgericht in Amberg verurteilte den Bürgermeister Fischer von Pirkhof, der während des Weltkrieges sechs Kriegsteilnehmer ohne deren Wissen bei einer Lebensversicherungs-Gesellschaft versicherte, die Prämien selbst bezahlte und nach kurzer Zeit für die im Felde Gebliebenen die hohen Versicherungssummen für sich selbst abhob, wegen Urkundenfälschung und Betrugs im Amt zu vier Jahren Zuchthaus, 3000 Mk. Geldstrafe und zehn Jahren Ehrverlust.

Bestrafung eines deutschen Einwanderers in England. Es kommt leider immer noch vor, daß Deutsche, ohne die englische Einwanderungsbestimmungen genau zu beachten, in England einzuwandern versuchen. Welche unangenehmen Folgen ein derartiges Vorgehen haben kann, zeigt der folgende Fall, über den der „Manchester Guardian" berichtet: In Hull war ein deutscher Seemann ohne die vorgeschriebene Einreiseerlaubnis gelandet, um dort zu arbeiten. Er wurde von dem Polizeigericht mit drei Monaten Gefängnis und Ausweisung bestraft. Es erscheint also dringend notwendig, erneut darauf hinzuweisen, daß eine Einreise nach England nur mit vorheriger Erlaubnis der englischen Behörden gestattet ist. Nach den englischen Gesetzen wird unerlaubte Einwanderung mit Geldstrafen bis zu 100 Pfund Sterling oder Freiheitsstrafen bis zu 6 Monaten Gefängnis oder Zuchthaus bestraft, nach deren Verbüßung Ausweisung erfolgt.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 11. Mai.

Schöffengericht.

Wegen Beleidigung wurde am Dienstag gegen den Telegraphenbetriebsassistent S. verhandelt. Der Angeklagte, der eine Wohnung suchte, hatte zu dem Zimmermeister Hesti gesagt, daß er auf dem Wohnungsamt von verschiedenen Personen gehört habe, man könne gegen Zahlung von 100 Mark eine Wohnung erhalten. Diese Beschuldigung hatte der Neue Grundbesitzer-Verein zu einer Eingabe an das Wohnungsamt benutzt. In der Verhandlung konnte S. Beweise für die Anschuldigungen nicht erbringen. Das Urteil lautete wegen Beleidigung auf eine Geldstrafe von 100 Mark. — 12 Obstbäume gestohlen hat der vorbestrafte Arbeiter H. bei dem Gärtner S. Er gab den Diebstahl zu, doch will er im betrunkenen Zustande gehandelt haben. Das Gericht hielt aber sinnlose Trunkenheit nicht für vorliegend und erkannte wegen schweren Diebstahls auf 3 Monate Gefängnis. — Gestohlenen Hafer angekauft hat der Fuhrmann H. von 3 Personen in Seemannskleidung. Es handelt sich um neun Sack, die der Angeklagte im Februar d. J. eines Abends in der Dunkelheit bei der Drehbrücke mit seinem Fuhrwerk abholte. Die Ware war bei der Verladung eines Seglers im hiesigen Hafen gestohlen worden. Da der Diebstahl entdeckt wurde, so konnte der Hafer am andern Morgen in der Wohnung von H. beschlagnahmt werden. Der Angeklagte will nicht gewußt haben, daß es gestohlenes Gut war. Das Gericht hielt aber Hehlerei für vorliegend und erkannte auf eine Gefängnisstrafe von 6 Wochen Gefängnis. — Eine „Lohnaufbesserung" hat der Schneider P., der in der Schneiderwerkstatt eines hiesigen Kaufmanns beschäftigt war, dadurch erzielt, daß er in den von dem Arbeitgeber bezahlten Arbeitsstunden auf eigene Rechnung Kleidungsstücke anfertigte. Das Gericht erblickte in dieser Handlung einen Betrug und erkannte auf 200 Mark Geldstrafe. — Beim Verkauf eines gestohlenen Oktanten erwischt wurde der Matrose Z. Er hatte das Meßinstrument einem im hiesigen Hafen liegenden Schiff, wo er früher beschäftigt war, durch Einsteigen in die Kajüte gestohlen. Urteil: 6 Monate Gefängnis. — Billiges Fleisch verschaffte sich der Schlachtergeselle K. dadurch, daß er nach Oeffnung eines Fensters in das Schlachthaus einstieg und zu vier verschiedenen Malen von dem Vorrat holte. Der Angeklagte, der früher auf dem Schlachthofe beschäftigt war und dem ein gutes Zeugnis ausgestellt wurde, will den Diebstahl aus Not begangen haben, da er längere Zeit ohne Arbeit war. Er hat das Fleisch verkauft und das Geld für seinen Lebensunterhalt verwandt. Das Urteil lautete auf 4 Monate Gefängnis. Das Gericht erklärte sich in Rücksicht auf die persönlichen Verhältnisse und das gute Zeugnis des Verurteilten zur Befürwortung einer bedingten Begnadigung bereit.

Theater und Musik.

Die Volkstümlichen Konzerte des Vereins der Musikfreunde haben Montag ihr Endd erreicht. Das Programm des letzten umschloß wiederum einen Strauß köstlichster Blumen aus dem reichbestellten Garten der hochedlen Frau Musika. Brahms' dritte Sinfonie (F-Dur) zeichnet sich besonders in ihrem zweiten und vierten Satze, dem Andante und Allegro, durch prachtvolle Färbung aus. Edvard Griegs Musik zu Björnsons Schauspiel „Sigurd Jorsalfar", Sigurd, dem Kreuzfahrer, findet stets ungeteilten Beifall, soweit das Vorspiel und der schwungvolle Huldigungsmarsch in Betracht kommen. Auch Richard Strauß macht mit seiner Serenade für Blasinstrumente, die einst zu seiner Entdeckung führte, noch immer das Rennen. Seinen würdigen Abschluß fand das Konzert und damit die ganze diesjährige Folge des 21. volkstümlichen Konzerts mit dem Vorspiel zu den „Meistersingern". Karl Mannstaedt, der treffliche Leiter, war, bevor man auseinanderging, Mittel- und Zielpunkt großer Ovationen. Auf seinem Pulte häuften sich die Blumen, das Orchester blies ihm einen Tusch und das dankbare Publikum rührte zu starkem Beifall die Hände. Die Kritik kann diese aus übervollem Herzen kommenden Beifallsbezeugungen für den ebenso gewissenhaften wie kundigen Führer und Arbeiter im Weinberge der Musik nur unterstreichen. -o-

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

„Das salamonische Urteil".

(„Volksbote" Nr. 105 vom 7. Mai 1921.)

Meine Feder sträubt sich, den aus großer Unkenntnis kommenden Erklärungen des Herrn Hugo Salamon zu begegnen. Da es sich jedoch um eine Sache handelt, die der organisierten Arbeiterschaft Lübecks bitter ernst ist, bleibt nichts anderes übrig, als Salamons Beurteilung der „Produktiven Arbeitsfürsorge" rücksichtslos bloßzustellen. Die gegen mich als „Gen." und als Person fliegenden Roßäpfel werde ich mit einem sehr blank gebliebenen Schild aufzufangen wissen.

1. Das „Harburger System" der produktiven Erwerbslosenfürsorge ist das „feinausgeklügelte System" Harburger Gewerkschaftssekretäre, die, als sie sich mit der Ausklügelung beschäftigten, just nichts anderes zu tun hatten, als über die „Verkleisterung der Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit" nachzudenken.
2. Das „Harburger System" der produktiven Erwerbslosenfürsorge, im Prinzip übernommen und weitergebildet durch die „Produktive Arbeitsfürsorge Lübeck", wurde von den Spitzenorganisationen der freien Arbeiter- und Angestellten-Gewerkschaften Lübecks als zur Durchführung geeignet durch Beschluß anerkannt, selbstverständlich nur in der Absicht, sich an der Verkleisterung der Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit tatkräftig zu beteiligen.
3. Da die für eine zweckdienliche Durchführung der produktiven Arbeitsfürsorge tätigen Personen und Organisationen gewerkschaftliche „Neulinge" in erhöhter Potenz sind, dachten sie bei ihren Bemühungen keineswegs daran, den Arbeitslosen selbst zu helfen, soweit dies auf Grund der heutigen Zustände möglich ist, sondern sie verfolgten ausschließlich die Absicht, den Endkampf zwischen Kapital und Arbeit zu verhindern und den armen Arbeitgebern bei der Stützung ihrer niederbrechenden Existenzen eifrigst behilflich zu sein.

Den übrigen Inhalt des „salamonischen Urteils" könnte ich unbesprochen lassen, wenn er nicht auf völlig verkehrte Voraussetzungen und geradezu leichtfertige Behauptungen aufgebaut wäre. In der von mir der Lübecker Presse übergebenen Darstellung des augenblicklichen Standes der „produktiven Arbeitsfürsorge" wird mitgeteilt, daß sich ein Bruchteil der Arbeiter und Angestellten der neuen Hilfsorganisation gegenüber ablehnend verhält. Ich habe dieses Verhalten als volksfeindlich bezeichnet, und ich nehme diese Bemerkung nicht zurück. Wenn Hugo Salamon sich um die Verhandlungen gekümmert hätte, die zur Aufrichtung der „Produktiven Arbeitsfürsorge" führten, dann würde er sofort erkannt haben, daß sich der erhobene Vorwurf der Volksfeindlichkeit gegen „ganz links" und gegen „ganz rechts" richtet. Dem zunächst ablehnenden Ortsverein des Verbandes der Deutschen Buchdrucker denselben Vorwurf zu machen, lag nicht die geringste Veranlassung vor. Denn die Ueberzeugung, daß sich die Buchdrucker infolge des annehmenden Beschlusses des Ortsausschusses der Gewerkschaften ohne weiteres an der Beitragszahlung beteiligen oder mindestens erneut Stellung nehmen würden, war für uns eine selbstverständliche. Es war deshalb unnötig, daß Kollege Salamon als „Ochse im Porzellanladen" auftrat. Noch eigenartiger berührt mich die Erklärung, daß ich versucht habe, eine alte, sturmerprobte Gewerkschaft, wie der Verband der Deutschen Buchdrucker sie in der Tat ist, mit Dreck zu beschleudern, und daß mir ihre Leistungen für die Arbeitslosigkeit in den eigenen Reihen unbekannt seien. Am 20. Juni 1921 kann ich auf eine 25jährige Zugehörigkeit zum Verband Deutscher Buchdrucker zurückblicken. Wenn mir auch eine Beteiligung am Ortsvereinsleben seit Jahren infolge andersgeartetter dienstlicher Verpflichtungen unmöglich war, so blieben Herz und Kopf allezeit bei der Kollegenschaft, und zwar nicht tatenlos.

Wilhelm Haase-Lampe.

Den Schlußsatz der obigen Zuschrift haben wir gestrichen, weil wir zur Austragung persönlicher Reibereien im „Volksboten" keinen Raum haben. Um den Abschluß zu zeitigen, geben wir dem Genossen Salamon noch das Wort und damit machen wir Schluß.

*

Das „salamonische Urteil" pariere ich mit dem Hieb: „Mein Name ist Hase, ich weiß von nichts!" Daß ich Herrn Redakteur Haase-Lampe fälschlich als „Genosse" bezeichnet habe, nehme ich mit tiefstem Bedauern zurück; auch neu ist mir, daß Herr H.-L. bereits seit 25 Jahren dem Buchdrucker-Verbande angehört, freilich wohl nur als zahlendes Mitglied, denn vor der Revolution haben unsere Kollegen sehr wenig von ihm gewußt. Nach der Revolution haben ja so manche Leute erst ihr warmes Herz für „das arbeitende Volk" entdeckt! Vielleicht ist es ihm auch so ergangen. Und nun kurz zur Sache selbst. Sein ohnmächtiges Geschimpfe beweist mir, daß ich ins Schwarze getroffen habe. Und wenn er nichts von seinem Anwurfe gegen diejenigen Angestellten und Gewerkschaftler, die eben eine andere Meinung über dieses „Harburger System" haben, zurücknimmt, indem er sie als „Volksfeinde" bezeichnet, so habe ich das Empfinden, daß er mit den Reaktionären an einem Strange zieht. Sein Verlegenheitsgestammel über seine Entgleisung als: nur gegen „ganz links" und gegen „ganz rechts" ist tatsächlich rührend. Dabei weiß er doch, daß es in den Gewerkschaften so etwas nicht geben soll. Ob sich jemals unsere Organisation von ihm wird belehren lassen, was sie betr. des vielgepriesenen Harburger Systems zu tun und zu lassen hat, wird die Zukunft lehren; nur bin ich davon überzeugt, daß sich dieses System in ganz kurzer Zeit abgewirtschaftet haben wird. Das einzige, was uns Arbeiter retten kann, ist **die Annahme des schleunigen Antrages der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage!** In der Nr. 99 des „Volksboten" kann Herr H.-L. nachlesen, auf welchem Wege einzig und allein unseren Arbeitslosen geholfen werden kann; aber da werden freilich die reaktionären Scharfmacher aller Schattierungen wieder dagegen Sturm laufen, weil durch Annahme dieses Antrages der Profit stark geschmälert werden würde. Jedoch die Gewerkschaften in Verbindung mit der Sozialdemokratie müssen hier den Kampf gegen den Kapitalismus aufnehmen, soll nicht die Arbeitslosigkeit ins Uferlose steigen. Im übrigen noch eine brenzliche Frage: Im hiesigen „General-Anzeiger" hat zwar Herr H.-L. denselben Sermon, wie im „Volksboten" verzapft, jedoch waren hinterher noch eigenartige Auslassungen zu lesen, die im „Volksboten" nicht vorhanden waren. Hat vielleicht die Redaktion des „Volksboten" diese Auslassungen gestrichen oder waren diese nur für den „General-Anzeiger" bestimmt? (Richtig, dieser Absatz wurde von uns gestrichen. Er hatte mit dem rein referierenden Bericht über den Stand der produktiven Arbeitsfürsorge, der im Auftrage des Arbeitsausschusses gegeben wurde, nichts zu tun. Die Sprache war uns zu blumenreich und deutungsfähig. Und für ausschmückende Kommentare ist unser Raum zu knapp. Daher der dicke Strich. Red.) Aber gerade diese Ausführungen wären für die Leser des „Volksboten" sehr interessant gewesen, indem Herr H.-L. sich dabei in einem ganz eigenartigen Lichte zeigte. War es doch gerade Herr H.-L. in einer Versammlung, die kürzlich im Hause der gemeinn. Tätigkeit stattfand, der da behauptete, die 8stündige Arbeitszeit wäre nicht zu halten, denn die Produktivität deutscher Arbeit müßte aufs höchste gesteigert werden. Auf der einen Seite ruft er: Nieder mit dem Achtstundentag! auf der andern Seite ruft er: Hoch der 4-Stundentag der „Produktiven Arbeitsfürsorge"! Aber die Arbeiterschaft wird sich eine der größten Errungenschaften der Revolution, den 8-Stundentag, nicht rauben lassen, auch wenn Herr H.-L. noch so sehr mit der Arbeiterschaft kokettiert. Wir sehen uns derartige Befürworter des Harburger Systems sehr genau an. Und wenn mich Herr H.-L. als „Ochse im Porzellanladen" bezeichnet, so kommt er mir vor, wie „der Ochse, der das bekannte rote Tuch erblickt." Der Raum des „Volksboten" zwingt mich, nicht noch näher auf die Wutanfälle des Herrn H.-L. einzugehen, ich lade ihn aber ganz speziell zu der am 21. Mai stattfindenden Buchdrucker-Versammlung im Gewerkschaftshaus ein, dort können wir uns ja weiter auseinandersetzen.

H. Salamon.

Volkswirtschaft.

Die Kohlenförderung des Ruhrbeckens

(einschließlich der linksrheinischen Zechen) ist nach den vorläufigen täglichen Anschreibungen im April auf 7,61 Millionen Tonnen in 26 Arbeitstagen zu veranschlagen gegenüber 7,43 Millionen Tonnen in 25 Arbeitstagen im Monat März. Gegenüber der Zeit, wo Ueberschichten verfahren wurden, ist ein Rückgang der Tagesleistung um rund 36 000 Tonnen zu verzeichnen.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 10. Mai.

Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

		10. Mai.	9. Mai.
Holland	100 fl.	2337.50	2402.50
Kopenhagen	100 Kr.	1172.50	1210.—
Stockholm	100 Kr.	1552.50	1587.50
Kristiania	100 Kr.	1015.—	1035.—
Helsingfors	100 finn. Mk.	145.—	150.—
Schweiz	100 Frs.	1162.50	1207.50
Wien (alt)	100 K.	—	—
do. (neu)	100 K.	16.—	17.50
Budapest	100 K.	34.—	35.—
Prag	100 K.	93.—	94.50
Spanien	100 Pesetas	912.50	937.50
London	1 £	261.75	269.25
Paris	100 Frs.	547.—	556.—
Belgien	100 Frs.	547.—	555.—
Italien	100 Lire	334.50	346.—
Bukarest	100 Lei	111.—	112.50
N. York telegr. Ausz.	1 Doll.	65.12	67.62
do. briefl. Ausz. od. Scheck		65.12	67.37

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angekommen am 10. Mai 1921.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit Tage	Std.
D.		Thorvost	Petersen	Abo	3	
D.		Westfalia	Ucker	Wiborg	1	
D.		Delphin	Wienke	Kolding	1	
D.		Wilhelm Lütke	Christlieb	Assenz		14
	S.	Schneewittchen	Götsche	Nakskow	4	

Angekommen am 11. Mai 1921.

D.		v. Schill	Kißling	Sykobing	1	
D.		Aegir	Holmberg	Helsingfors		64
D.		Seeadler	Hanson	Königsberg	2½	
D.		Nessan	Carlson	Kopenhagen		16
	S.	Weser	Dammers	Kopenhagen	2½	
D.		Iris	Bergström	Kopenhagen		14